

INHALT

BEITRÄGE

Abschlußprüfungen an den Hochschulen des Saarlandes im Prüfungsjahr 1996	3
Die Verteilung der Wählerstimmen auf Mandate oder Wie komme ich in den Bundestag?	9
Von der deskriptiven zur analytischen Epidemiologie - ein Überblick über das Aufgabenspektrum und die Forschungsaktivitäten eines Jahrzehnts im Krebsregister Saarland	15
Preisindex für die Lebenshaltung im Februar 1998	21

GRAPHIKEN

Wirtschaftsgraphiken	23
----------------------	----

TABELLENTEIL

Zahlenspiegel	29
---------------	----

KONJUNKTUR AKTUELL

Verarbeitendes Gewerbe - Februar 1998	38
---------------------------------------	----

ANHANG

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Saarland	40
Mitteilungen des Amtes	40



Bildung

Gottfried Backes

**Abschlußprüfungen an den Hochschulen des Saarlandes
im Prüfungsjahr 1996**

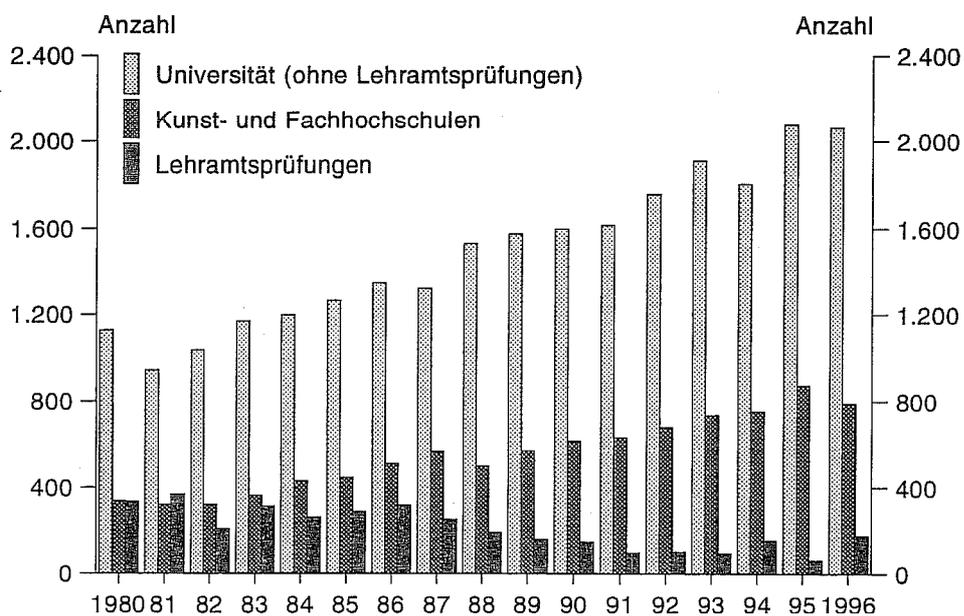
1. Vorbemerkungen

Im folgenden Übersichtsartikel werden Landesergebnisse der Prüfungsstatistik für das Prüfungsjahr 1996 (Wintersemester 1995/96 und Sommersemester 1996) vorgestellt. Die Erhebung der Abschlußprüfungen an Hochschulen erfolgte 1993 erstmals nach der zum 1. Juni 1992 in Kraft getretenen Neufassung des Hochschulstatistikgesetzes (HStatG) vom 2. November 1990 (BGBl. I S. 2 414), zuletzt geändert durch Artikel 7 des 3. Statistikbereinigungsgesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S 3 158). Die Novellierung des HStatG hat zu einer grundlegenden Umgestaltung der amtlichen Hoch-

schulstatistiken geführt. Im Hinblick auf die Prüfungsstatistik sind ab dem Prüfungsjahr 1993 folgende Änderungen von besonderer Bedeutung:

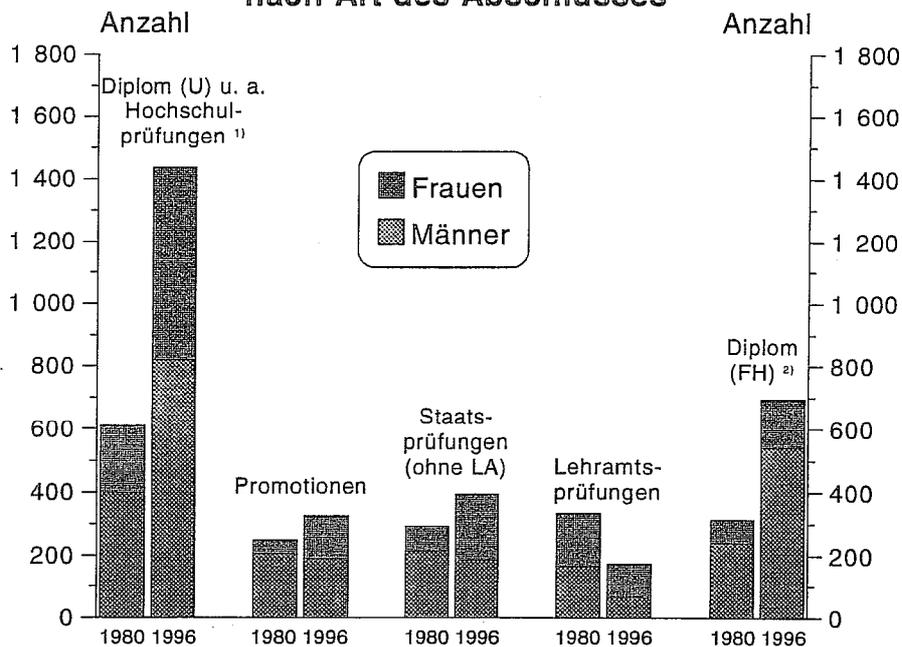
- Umstellung des Erhebungsverfahrens von einer Primär- auf eine Sekundärerhebung. Damit entfällt die bis 1992 jährlich durchgeführte Befragung der Prüfungskandidaten (Individualerhebung). Auskunftspflichtig sind nur noch die Hochschulen sowie die staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter, aus deren Verwaltungsunterlagen die für die Prüfungsstatistik vorgesehenen Daten bereitgestellt werden,
- methodisch-technische Verknüpfung der Studenten- und Prüfungsstatistik.

Bestandene Abschlußprüfungen an saarländischen Hochschulen 1980 bis 1996



B1113-JT

Erfolgreiche Abschlußprüfungen 1980 und 1996 nach Art des Abschlusses



1) einschl. Abschlüsse an Kunsthochschulen
2) einschl. Staatl. Laufbahnprüfungen u. sonst. FH-Abschlüsse

BIII3-J1

Durch die methodisch-technische Verknüpfung von Studenten- und Prüfungsstatistik ergeben sich Probleme bei der Zusammenführung der beiden Erhebungsteile, da aus datenschutzrechtlichen Gründen auf das frühere Identifikationsmerkmal verzichtet werden mußte. Da den Prüfungsämtern nicht immer alle erforderlichen Daten vorliegen, ist die Aussagefähigkeit der Ergebnisse zum Studienverlauf - vor allem hinsichtlich der Hochschulsemester - gegenüber früheren Erhebungen eingeschränkt.

Während die Bundesergebnisse nach der Hochschule der Letztimmatrikulation veröffentlicht werden, sind in diesem Artikel alle von den Hochschulen und staatlichen Prüfungsämtern des Saarlandes gemeldeten Abschlußprüfungen nachgewiesen. In den Auswertungen sind die Daten der staatlichen Prüfungsämter den Ergebnissen der Universität zugeordnet.

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt nach Prüfungsjahren (1996 = Wintersemester 1995/96 und Sommersemester 1996); die Zuordnung richtet sich nach dem Datum des Abschlusses. Ein Kandidat kann im Berichtszeitraum mehrere Prüfungen ablegen; es handelt sich also nicht um eine Personenzählung, sondern um den Nachweis von Abschlüssen im Erstfach.

Bei einem Vergleich mit Ergebnissen anderer Stellen ist zu beachten, daß die Systematik der Fächergruppen/Studienbereiche/-fächer in der amtlichen Statistik nicht immer mit der

hochschulinternen Gliederung nach Fakultäten/Fachbereichen übereinstimmt bzw. dort u. U. auch andere zeitliche Zuordnungen erfolgen. Da sich die Prüfungstermine nicht gleichmäßig auf das Jahr verteilen, sind Analysen nur im mehrjährigen Vergleich sinnvoll; dabei lassen die Zeitreihen starke Schwankungen erkennen. Nachträglich von den Prüfungsämtern gemeldete Abschlüsse werden dem Berichtsemester zugeordnet.

2. Erläuterungen

Abschlußprüfungen

Die Prüfungen werden erfaßt, sofern mit ihnen ein Hochschulstudium beendet wird; d. h. ohne Vor- und Zwischenprüfungen, wohl aber Abschlüsse von Aufbau-, Ergänzungs-, Zusatz- und Zweitstudiengängen, wenn sie zu einer Prüfung führen. Entsprechend werden Prüfungen bei staatlichen und kirchlichen Prüfungsämtern erfragt, sofern sie ein Hochschulstudium abschließen, nicht dagegen z. B. die zweite Staatsprüfung am Ende der Referendarausbildung.

Absolventen von wissenschaftlichen Studiengängen legen meist Diplom (U)- oder Staatsprüfungen (einschließlich Lehramtsprüfungen) ab. Promotionen setzen i.d.R. eine andere erste Abschlußprüfung voraus, können aber auch der erste

Bestandene Abschlußprüfungen im Prüfungsjahr 1996 nach Fachsemestern

Abschluß im ... Fachsemester	Erfolgreiche Abschlüsse insgesamt		Davon					
	Erst-	Zweit-	Universität		Kunsthochschulen		Fachhochschulen	
			Erst-	Zweit-	Erst-	Zweit-	Erst-	Zweit-
	abschlüsse							
6. und niedrigerem	145	186	12	169	1	15	132	2
7.	79	29	9	27	1	2	69	-
8.	335	40	122	37	15	3	198	-
9.	185	20	95	18	9	2	81	-
10.	291	29	187	26	20	3	84	-
11.	280	16	230	16	5	-	45	-
12.	294	17	252	16	15	1	27	-
13. und 14.	456	17	432	17	2	-	22	-
15. und 16.	223	6	209	6	-	-	14	-
17. und höheren	235	5	213	5	-	-	22	-
Ohne Angabe bzw. keine	-	140	-	140	-	-	-	-
INSGESAMT	2 523	505	1 761	477	68	26	694	2
Dagegen 1995	2 400	612	1 583	556	108	28	709	28

Studienabschluß sein. Kunsthochschulstudiengänge werden z. T. mit Diplom- oder Staatsprüfungen abgeschlossen, z. T. legen die Absolventen keine förmliche Prüfung ab. Das Studium an Fachhochschulen sowie in Fachhochschulstudiengängen an Universitäten und Gesamthochschulen führt zum Fachhochschulabschluß.

Zu einzelnen Abschlußprüfungen:

Künstlerischer Abschluß: Studienabschluß an Kunsthochschulen (ohne Lehramtsprüfung u.ä.). Meldungen erfolgen nur, soweit eine Prüfung abgelegt wird.

Sonstiger Abschluß: Im Saarland einschl. Prüfungen nach französischer Norm (Licence/Maîtrise) an der Universität sowie Abschlüsse am "Deutsch-Französischen Hochschulinstitut für Technik und Wirtschaft" (DFHI) der Hochschule für Technik und Wirtschaft. Dieser binationale Studiengang vermittelt den Absolventen neben dem Diplom (FH) die Maîtrise der französischen Partneruniversität und das Deutsch-Französische Diplom des DFHI / ISFATES, das die fremdsprachliche und interkulturelle Qualifikation ausweist.

Eine Unterscheidung derjenigen Prüfungen, die einen ersten Studienabschluß darstellen, von solchen Prüfungen, die ein weiteres Studium abschließen, ist allein durch die Art der Prüfung nicht möglich (so gibt es Diplom-, Magister- und Lehramtsstudiengänge auch als Zweit- oder als Aufbaustudium). Die Zahlen fassen i.d.R. Erst- und Zweitabschlüsse zusammen. Sofern derselbe Kandidat im gleichen Berichtszeitraum mehrere Prüfungen ablegt, kommt es zu Fallzählungen.

Absolventen

Die abgelegten Abschlußprüfungen können nach dem Prüfungsergebnis (bestanden/endgültig nicht bestanden) aufgliedert werden. Kandidaten mit bestandener Abschlußprü-

fung werden als **Absolventen** bezeichnet. Die Zahl der Absolventen ist nicht identisch mit der Zahl der Hochschulabgänger, die nach erfolgreichem Studienabschluß die Hochschule verlassen. Ein Teil der Absolventen verbleibt, z. B. wegen Aufnahme eines Zweit-, Aufbau- oder Ergänzungsstudiums, weiterhin an der Hochschule.

Semester

Hochschulsemester sind Semester, die insgesamt im Hochschulbereich verbracht worden sind; sie müssen nicht in Beziehung zum Studienfach des Studenten im Erhebungssemester stehen. Die Summe der Hochschulsemester bis zur bestandenen Prüfung ergibt die Gesamtstudienzeit.

Fachsemester sind Semester, die im Hinblick auf die im Erhebungssemester angestrebte Abschlußprüfung im Studienfach verbracht worden sind; dazu können auch einzelne Semester aus einem anderen Studienfach oder Studiengang gehören, wenn sie angerechnet werden.

Studienfach

Nach der Definition der Hochschulstatistik ist ein **Studienfach** die in Prüfungsordnungen festgelegte, ggf. sinngemäß vereinheitlichte Bezeichnung für eine wissenschaftliche oder künstlerische Disziplin, in der ein wissenschaftlicher bzw. künstlerischer Abschluß möglich ist.

Für Zwecke der bundeseinheitlichen Studenten- und Prüfungsstatistik wird eine Fächersystematik benutzt, in der sehr spezielle hochschulinterne Studienfächer einer entsprechenden Schlüsselposition zugeordnet werden. Mehrere verwandte Fächer sind zu **Studienbereichen** und diese zu neun großen **Fächergruppen** zusammengefaßt. Die Zuordnung zu den

Studienbereichen und Fächergruppen erfolgt über das erste Studienfach.

Studiengang

Als Studiengang wird eine abgeschlossene, in Studien- und Prüfungsordnungen vorgesehene berufsqualifizierende oder berufsbezogene Hochschulausbildung bezeichnet. Für die Statistik wird der Studiengang als Kombination der Abschlußprüfungen mit einem oder dem ersten Studienfach erfaßt (für die Bundesstatistik ggf. mit bis zu drei Studienfächern).

3. Ergebnisse

Die Hochschulen und staatlichen Prüfungsämter des Saarlandes meldeten für das Prüfungsjahr 1996 (WS 1995/96 und SS 1996) insgesamt 3 028 erfolgreich abgeschlossene Abschlußprüfungen oder Promotionen. Insgesamt schlossen 2 523 Personen ein Erststudium ab; 505 hatten bereits früher schon ein Examen abgelegt. Damit wurde im Prüfungsjahr 1996 die bisher in der Prüfungsstatistik höchste Zahl bestandener Abschlußprüfungen im Saarland gemeldet.

Die fachlichen Schwerpunkte der 2 238 Absolventen/-innen der Universität lagen in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (808), Mathematik/Naturwissenschaften (434) sowie Sprach- und Kulturwissenschaften (427), darunter 124 in der Fachrichtung Dolmetschen und Übersetzen. Bei den 1 017 Absolventinnen dominierten die Sprach- und Kulturwissenschaften mit 31,3 %, bei den 171 Ausländern/-innen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 40,4 %.

An der Hochschule für Musik und Theater bestanden 32 Kandidaten und 30 Kandidatinnen einen künstlerischen Abschluß, darunter 17 die Diplom-Musiklehrerprüfung. Die Hochschule der Bildenden Künste Saar meldete 32 Diplome - darunter 18 an Frauen - und zwar 20 im Bereich Freie Kunst sowie 12 in den Studiengängen Kommunikations- und Produktdesign.

An der Hochschule für Technik und Wirtschaft schlossen 421 männliche Kandidaten ihr Studium erfolgreich ab, die meisten in Elektrotechnik (106), Betriebswirtschaft (103), Maschinenbau (94) und im Bauingenieurwesen (39). 67 der 107 Absolventinnen erhielten das Diplom in Betriebswirtschaft.

Die Katholische Hochschule für Soziale Arbeit verlieh 44 Diplome, darunter 33 an Frauen.

Die seit WS 1990/91 staatlich anerkannte private Fachhochschule für Bergbau der Saarbergwerke AG meldete 28 erfolgreiche Absolventen, davon 14 in Maschinentechnik, 8 in Bergtechnik und 6 in Elektrotechnik.

Die Fachhochschule für Verwaltung entließ 82 Beamte und 14 Beamtinnen mit der staatlichen Laufbahnprüfung und dem

Hochschulgrad als Diplom-Verwaltungswirt/in, davon 70 im "Polizeivollzugsdienst" und 26 im Studiengang "Allgemeiner Verwaltungsdienst".

Im Prüfungsjahr 1996 beläuft sich der Anteil der 1 219 Absolventinnen auf 40,3 % gegenüber 37,7 % im Vorjahr. Die Frauenquote liegt mit 51,1 % an den Kunsthochschulen am höchsten, gefolgt von der Universität mit 45,4 % und den Fachhochschulen mit 22,1 %.

Der Ausländeranteil sank leicht von 9,7 % auf nunmehr 9,1 %. Die 163 ausländischen Absolventen und 112 Absolventinnen kamen überwiegend aus Europa (197) und Asien (47). An erster Stelle der Herkunftsländer stand Frankreich mit 105, gefolgt von Luxemburg mit 16 sowie dem Iran mit 13 erfolgreichen Prüfungen. Die meisten schlossen ein Studium der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ab (insgesamt 96, darunter 48 Ausländerinnen), vor Ingenieurwissenschaften mit 68 sowie Sprach- und Kulturwissenschaften mit 48 Abschlüssen.

Die Auswertungen nach Alter und Studiendauer, getrennt nach Erst- und Zweitstudium, beziehen sich auf den Abschluß des Prüfungsverfahrens, auch wenn ein Teil der Absolventen dann nicht mehr immatrikuliert ist. Das Durchschnittsalter betrug insgesamt 28,7 Jahre, die durchschnittliche Verweildauer an Hochschulen im Bundesgebiet belief sich auf 11,8 Semester, die Fachstudienzeit auf 10,6 Semester. Das Durchschnittsalter bei Abschluß eines Erststudium betrug 28,2 Jahre, beim weiterführenden Studium 31,3 Jahre. Die mittlere Fachstudienzeit belief sich beim Erststudium auf 11,3 Semester gegenüber 11,4 im Vorjahr.

Die unterschiedlichen Fachsemesterangaben resultieren u. a. aus den jeweiligen Mindeststudienzeiten, die von zweisemestrigen Aufbaustudiengängen bis zum sechsjährigen Medizinstudium reichen; an den Fachhochschulen sind die jeweils absolvierten Praxissemester zu berücksichtigen.

Während an den Kunsthochschulen vier Zehntel, an den Fachhochschulen fast sechs Zehntel der Absolventen ihr Studium im achten Fachsemester oder früher beendeten, betrug der entsprechende Anteil an der Universität nur 16,8 %. Hier benötigten 37,5 % neun bis zwölf, 29,7 % 13 bis 16 und 9,7 % 17 und mehr Fachsemester bis zum erfolgreichen Abschluß; bei den 140 Fällen "ohne Angabe bzw. keine Fachsemester" ist zu beachten, daß Doktoranden nur teilweise "Promotionssemester" nachweisen müssen.

16,7 % der Abschlußprüfungen gegenüber 20,3 Prozent im Vorjahr entfielen auf Zweit-, Aufbau-, Ergänzungs- oder Promotionsstudiengänge. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch Änderungen der Definitionen im Ausland abgelegte Prüfungen, die im Bundesgebiet nicht als Abschluß anerkannt sind, in der amtlichen Statistik seit 1994 nicht mehr gemeldet werden. Dies betrifft vor allem die DFHI-Studenten der Hochschule für Technik und Wirtschaft. Bei den erfolgreichen ausländi-

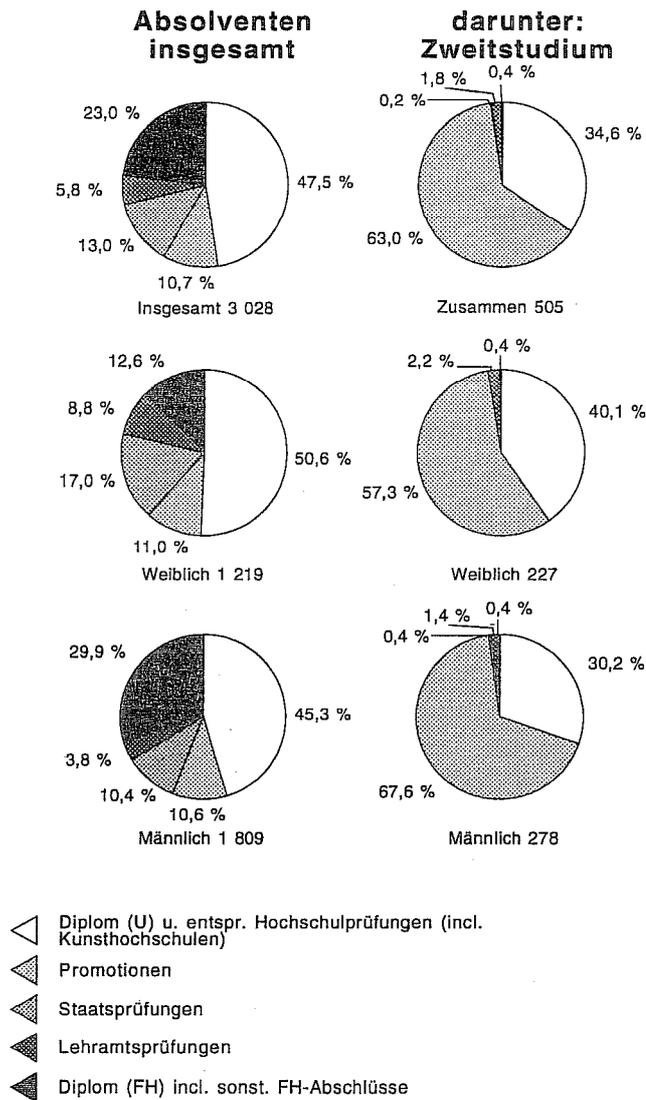
Übersichtstabelle

Bestandene Abschlußprüfungen nach Hochschulen in den Prüfungsjahren 1980 bis 1996

Prüfungsart	Prüfungsjahr	Bestandene Abschlußprüfungen					
		Insgesamt		von			
		zusammen	weiblich	Deutschen		Ausländern	
				zusammen	weiblich	zusammen	weiblich
a) Universität des Saarlandes							
Insgesamt	1980	1 459	485	1 354	437	105	48
	1985	1 548	598	1 436	560	112	38
	1990	1 746	690	1 651	652	95	38
	1994 ¹⁾	1 956	855	1 807	781	149	74
	1995 ²⁾	2 139	915	1 978	833	161	82
	1996	2 238	1 017	2 067	933	171	84
b) Hochschule für Musik und Theater							
Insgesamt ³⁾ (Künstlerische Abschlüsse)	1980	24	9	20	6	4	3
	1985	39	17	39	17	-	-
	1990	48	22	41	18	7	4
	1994	82	37	68	31	14	6
	1995	64	29	53	24	11	5
	1996	62	30	50	21	12	9
c) Hochschule der Bildenden Künste							
Insgesamt (Diplom an Kunsthochschulen)	1990	23	14	22	13	1	1
	1994 ¹⁾	12	5	11	4	1	1
	1995 ²⁾	72	36	70	34	2	2
	1996	32	18	30	17	2	1
d) Hochschule für Technik und Wirtschaft							
Insgesamt Diplom (FH) ⁴⁾ (einschließlich DFHI/EUROBIS)	1980	268	38	247	37	21	1
	1985	316	73	286	65	30	8
	1990	436	91	380	80	56	11
	1994	503	106	415	85	88	21
	1995	565	135	448	96	117	39
	1996	528	107	439	90	89	17
e) Katholische Hochschule für Soziale Arbeit							
Insgesamt Diplom (FH)	1980	46	36	46	36	-	-
	1985	38	29	37	28	1	1
	1990	41	32	41	32	-	-
	1994	40	32	40	32	-	-
	1995 ⁵⁾	11	7	11	7	-	-
	1996	44	33	43	32	1	1
f) Private Fachhochschule für Bergbau							
Insgesamt Diplom (FH)	1991	37	-	37	-	-	-
	1994	39	-	39	-	-	-
	1995	76	1	76	1	-	-
	1996	28	-	28	-	-	-
g) Fachhochschule für Verwaltung							
Insgesamt (Staatliche Laufbahnprüfung/ Diplom-Verwaltungswirt)	1983	24	-	24	-	-	-
	1985	51	9	51	9	-	-
	1990	68	22	68	22	-	-
	1994	77	22	77	22	-	-
	1995	85	14	85	14	-	-
	1996	96	14	96	14	-	-
HOCHSCHULEN INSGESAMT							
INSGESAMT	1980	1 797	568	1 667	516	130	52
	1985	1 992	726	1 849	679	143	47
	1990	2 362	871	2 203	817	159	54
	1994 ¹⁾	2 709	1 057	2 457	955	252	102
	1995 ²⁾	3 012	1 137	2 721	1 009	291	128
	1996	3 028	1 219	2 753	1 107	275	112

1) Unterefassung. 2) Einschließlich Nachmeldungen. 3) Ab 1993 einschließlich Abschluß in Schulmusik (keine Lehramtsprüfung). 4) 1996: einschließlich 99 Absolventen am Deutsch-Französischen Hochschulinstitut (DFHI). Der DFHI-Abschluß vermittelt außer dem FH-Diplom auch die Maîtrise der französischen Partneruniversität sowie das DFHI-Diplom. 5) Terminverschiebung.

Erfolgreiche Abschlußprüfungen 1996 nach Prüfungsgruppen und Geschlecht



BIII3-JG

schen Kandidaten lag diese Quote mehr als doppelt so hoch (35,6 %) als bei ihren deutschen Kommilitonen mit 14,8.

Während der Frauenanteil an den Erstabschlüssen 39,3 % betrug, machte er bei den übrigen 45,0 % aus.

Die Hochschule für Musik und Theater verzeichnete mit 38,7 % den höchsten Anteil an "Zweitabschlüssen", gefolgt von der Universität mit 21,3 % sowie der Hochschule der Bildenden Künste mit 6,3 %.

Wahlen

Johannes Barth

Die Verteilung der Wählerstimmen auf Mandate oder Wie komme ich in den Bundestag?

Ein Sprichwort besagt: "Viele Wege führen nach Rom." Für den Einzug eines Bewerbers/einer Bewerberin in den Deutschen Bundestag gibt es dagegen nur zwei Wege: einer führt über das Direktmandat in den Wahlkreisen, der andere über die Landeslisten der Parteien. Denn die Umsetzung von Wählerstimmen in Parlamentssitze vollzieht sich bei der Bundestagswahl auf der Grundlage eines Verbindungssystems von Mehrheits- und Verhältniswahl, bestehend aus einer Mehrheitswahl in den Wahlkreisen und einer ausgleichenden Verhältniswahl nach Landeslisten im jeweiligen gesamten Wahlgebiet. Man kann diese in der Nachkriegszeit gefundene Lösung auch als "personalisierte Verhältniswahl" umschreiben, also eine Mischung zwischen dem in der demokratischen deutschen Tradition stehenden Proporzwahlverfahren, das z. B. in der Verfassung der Weimarer Republik verankert war, und Elementen des Mehrheitswahlsystems, wie es z. B. in Großbritannien üblich ist.

I. Direktmandat

Das Wahlgebiet in Deutschland ist in so viele Wahlkreise eingeteilt wie Abgeordnete direkt gewählt werden sollen. Jede Partei oder Wählergruppe kann für jeden Wahlkreis eine Person namhaft machen. Diese Direktkandidaten/-innen werden von den Delegiertenversammlungen der Parteien in den Wahlkreisen bestimmt.

Ein Direktmandat kann nur über die Erststimmen bei der Bundestagswahl erzielt werden. Die Erststimmen zählen lediglich für die Ermittlung der 328 Direktmandate.

In einem Wahlkreis ist derjenige Bewerber als Direktkandidat gewählt, der die meisten Erststimmen im Wahlkreis auf sich vereinen kann. Hierbei spielt es keine Rolle, ob mehr als 50 % der Wähler und Wählerinnen (absolute Mehrheit) mit ihrer Erststimme für ihn votiert haben oder nur 25 %. Der Bewerber muß nur die einfache (relative) Mehrheit erhalten. Im Gegensatz zu der beispielsweise bei Bürgermeisterwahlen erforderlichen absoluten Mehrheit (Mehrheit aller gültigen Stimmen) genügt somit bei der relativen Mehrheitswahl das Erreichen der höchsten Anzahl unter den für die verschiedenen Wahlvorschläge abgegebenen gültigen Erststimmen.

Das Mehrheitswahlrecht bewirkt, daß eine Partei alle Direktmandate gewinnen kann, wenn sie nur jeweils eine Stimme Mehrheit in jedem Wahlkreis vor der zweitstärksten Partei besitzt.

Bei einem Denkmodell mit mehreren Parteien würde die erstplazierte Partei ihr Wahlkreismandat auch dann erhalten, wenn sie nur die relative Mehrheit im Wahlkreis erreichte und die übrigen Parteien zusammengefaßt über die absolute Mehrheit verfügen. Die Wirkungen des Mehrheitswahlrechts sind als politisch gewollte Faktoren zur Schaffung stabiler Mehrheiten anzusehen.

Nach Kaltefleiter (2) führt das Mehrheitswahlsystem zu einer überproportionalen Umsetzung von Stimmenbewegungen in Mandatsgewinne oder -verluste. Erfahrungsgemäß gilt die von dem französischen Mathematiker Poisson (1781 - 1840) entdeckte "Kubus-Regel" (Poisson'sche Regel), nach der das Verhältnis der Mandate etwa dem Verhältnis der in die dritte Potenz erhobenen Stimmenanteile entspricht. Die Kubus-Regel nach Poisson lautet:

$$\frac{\text{Mandate Partei A}}{\text{Mandate Partei B}} = \frac{(\text{Stimmenanteil Partei A})^3}{(\text{Stimmenanteil Partei B})^3}$$

Bundestagswahlen (Erststimmen absolut)

Bundestagswahlkreise	Jahr	SPD	CDU	SPD - CDU
244	1994	61 448	41 320	20 128
244	1990	70 504	41 935	28 569
244	1987	61 550	51 117	10 433
244	1983	67 937	58 077	9 860
244	1980	72 873	52 283	20 590
244	1976	70 100	59 323	10 777
245	1994	66 851	52 495	14 356
245	1990	73 624	55 311	18 313
245	1987	67 613	63 842	3 771
245	1983	70 675	71 371	- 696
245	1980	75 358	64 897	10 461
245	1976	71 599	69 357	2 242
246	1994	68 428	57 210	11 218
246	1990	73 318	60 025	13 293
246	1987	65 452	68 080	- 2 628
246	1983	66 309	78 255	- 11 946
246	1980	69 535	70 598	- 1 063
246	1976	63 953	73 989	- 10 036
247	1994	72 178	61 607	10 571
247	1990	72 563	65 419	7 144
247	1987	65 863	72 924	- 7 061
247	1983	67 963	79 493	- 11 530
247	1980	72 053	72 384	- 331
247	1976	65 596	75 177	- 9 581
248	1994	70 045	52 818	17 227
248	1990	76 051	53 197	22 854
248	1987	71 341	62 076	9 265
248	1983	74 818	70 444	4 374
248	1980	79 688	63 186	16 502
248	1976	76 420	68 092	8 328

Betrachtet man im Saarland die Erststimmenergebnisse der vergangenen Wahlen, so stellt man in den Wahlkreisen fest, daß viele Wahlkreise mit großen Mehrheiten gewonnen wurden, manche Direktkandidaten aber auch nur sehr knapp gewählt wurden.

II. Landesliste

Mit der Erststimme haben die Wähler die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, wer die 328 Bundestagsmandate gewinnt. Über die Gesamtzahl der Abgeordneten der im Bundestag vertretenen Parteien und über ihr Stärkeverhältnis im Deutschen Bundestag entscheiden jedoch allein die Zweitstimmen. Deshalb kommen zu den in den Wahlkreisen direkt gewählten Kandidaten/-innen im Verhältnisausgleich so viele Abgeordnete aus den Landeslisten der Parteien hinzu wie der Partei nach den Zweitstimmen zustehen.

Wie werden nun die übrigen (mindestens) 328 Abgeordneten gewählt? Hier ist das Verfahren von der Mathematik her nicht so einfach. Bis 1985 wurde das Berechnungsverfahren von d'Hondt und anschließend das von Niemeyer angewandt.

Bei der Berechnung der insgesamt erzielten Mandate kommt es nicht nur auf die Stimmen der Parteien im eigenen Bundesland, sondern auch auf die Stimmenanteile der Parteien im Bund insgesamt an. Zur Berechnung der Sitzverteilung insgesamt werden die Zweitstimmen der Parteien herangezogen. Die Zuteilung der auf die einzelnen Parteien insgesamt entfallenden Sitze und die Verteilung dieser Sitze auf die einzelnen Landeslisten erfolgt nach dem von dem Marburger Professor Niemeyer entwickelten Berechnungssystem. Es beruht darauf, daß zunächst die für die Landeslisten der einzelnen Parteien abgegebenen gültigen Zweitstimmen zu einem Bundesergebnis addiert werden. Berücksichtigt werden dabei nur die Parteien, die mindestens 5 % der in den Wahlkreisen abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen ein Direktmandat errungen haben.

Danach werden die 656 zu vergebenden Abgeordnetensitze mit der Zahl der Zweitstimmen der einzelnen Parteien multipliziert und durch die Gesamtzahl der Zweitstimmen aller an der Verteilung teilnehmenden Parteien dividiert.

Bundestagswahl 1994 - Bundesergebnis -

Partei	Gültige Stimmen der Partei	Zu vergebene Sitze	Gültige Stimmen insgesamt	Sitze
SPD	17 140 354	656	45 406 408	247,63 + 1 = 248
CDU	16 089 960	656	45 406 408	232,45 = 232
CSU	3 427 196	656	45 406 408	49,51 + 1 = 50
F.D.P	3 258 407	656	45 406 408	47,07 = 47
GRÜNE	3 424 315	656	45 406 408	49,47 = 49
PDS	2 066 176	656	45 406 408	29,85 + 1 = 30
				653 + 3 = 656

Dabei erhält jede Partei so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Die dann noch zu vergebenen Sitze werden in der Reihenfolge der höchsten "Reste" (Zahlenbruchteile), die sich bei der Berechnung ergeben, verteilt. Bei gleichen "Resten" entscheidet das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los. Nach der so ermittelten Anzahl der Sitze für die einzelnen Listenverbindungen sind diese jeweils parteiintern auf die einzelnen Landeslisten aufzuteilen, was ebenfalls nach dem oben erläuterten Rechenverfahren erfolgt.

Bundestagswahl 1994 - Saarlandergebnis - Berechnung der Sitze

Partei	Gültige Stimmen der Partei	zu vergebene Sitze	gültige Stimmen insgesamt	Sitze
SPD	329 287	248	17 140 354	4,76 = 5
CDU	250 978	232	16 089 960	3,61 = 4

Da die SPD bei der Bundestagswahl 1994 im Saarland alle fünf Direktmandate gewann und ihr nach der parteiinternen Verteilung 5 Mandate zustehen, konnte kein Listenbewerber in den Bundestag einziehen. Die CDU konnte kein Direktmandat für sich beanspruchen. Deshalb wurden die vier ihr zustehenden Sitze über ihre Landesliste besetzt.

Das Berechnungsverfahren nach Niemeyer bewirkt eine exaktere Übertragung des Stimmenverhältnisses auf das Sitzverhältnis als das bis zur Wahl zum 10. Deutschen Bundestag im März 1983 angewandte Höchstzahlverfahren nach d'Hondt, da es stärker als das d'Hondtsche Verfahren an den Relationen der jeweiligen Stimmenzahlen ausgerichtet ist. Es wird damit dem Erfolgswert der für kleinere Parteien abgegebenen Stimmen besser gerecht.

In der Vergangenheit hat sich des öfteren gezeigt, daß eine Partei mehr Direktmandate gewonnen hat, als ihr nach ihrem Zweitstimmenanteil zustehen.

Diese in den Wahlkreisen errungenen Sitze, die die nach dem Verhältnis der Zweitstimmen ermittelte Zahl im Land übersteigen, verbleiben einer Partei. In einem solchen Fall erhöht sich die gesetzlich vorgegebene Gesamtzahl der Sitze des Deutschen Bundestages um die Unterschiedszahl.

Diese Sitze, auch Überhangmandate genannt, können die Relationen der Stimmen der einzelnen Parteien zueinander verändern.

III. Überhangmandat

Ohne besonders beachtet zu werden, ergab sich schon bei der Bundestagswahl am 17. September 1961 die merkwürdige Tatsache, daß die CDU im neuen Bundestag mit mehr Abgeordneten vertreten war als ihrem Stimmenanteil entsprach. Auf die SPD entfielen damals 36,2 % der Zweitstimmen und auf die CDU 35,8 %; trotzdem hatte die SPD nur 190, die CDU aber 192 Mandate (ohne die Vertreter von Berlin) erreicht. Der Grund dafür lag in den fünf "Überhangmandaten" der CDU, von denen sie vier in Schleswig-Holstein und eines im Saarland bekam. Bereits bei früheren Wahlen gab es Überhangmandate, aber immer spiegelte sich das Stimmenverhältnis in dem Anteil der Sitze wider. So erzielte die CDU 1957 drei Überhangmandate (Schleswig Holstein), 1953 gab es ebenfalls drei Überhangmandate: zwei für die CDU (Schleswig Holstein) und eins für die DP (Hamburg), 1949 belief sich die Zahl der Überhangmandate auf zwei, eins für die CDU (Baden) und eins für die SPD (Bremen).

Ganz massiv kam die Diskussion über die Rechtmäßigkeit der Überhangmandate und die Ungleichbehandlung der Parteien bei der Bundestagswahl 1994 hoch. Ohne Überhangmandate hätte hier die SPD 248 (252 mit Überhangmandaten) Sitze und die CDU 232 (244) Sitze, die F.D.P. 47, die CSU 50, die GRÜNEN 49 und die PDS 30 erhalten. Insgesamt wären

auf die Regierungskoalition 329 statt 341 und auf die Opposition 327 statt 331 Mandate entfallen. Damit hätte die Regierungsmehrheit nur noch aus 2 statt aus 10 Stimmen bestanden.

Überhangmandate bei den Bundestagswahlen im Bundesgebiet

Partei	1994	1990	1987	1983	1980	1961	1957	1953	1949
CDU	12	6	1	-	-	5	3	2	1
SPD	4	-	-	2	1	-	-	-	1
DP	-	-	-	-	-	-	-	1	-

Um zu verstehen, wie diese Überhangmandate zustande kommen, muß das in den Kapiteln I und II beschriebene Sitzverteilungsverfahren herangezogen werden. Wie oben bereits ausgeführt, dient das Sitzverteilungsverfahren bei der Bundestagswahl dazu, die Stimmenverhältnisse auf die Verteilung der Sitze zu übertragen und dafür zu sorgen, daß der Wähler im Hinblick auf den Stimmenerfolg gleichgestellt wird.

Was sind die Ursachen für Überhangmandate?

Dr. Karl Schwarz (2) stellt drei Gründe heraus, auf die ich näher eingehen möchte.

1. Überhangmandate durch Wahlabsprachen
2. Überhangmandate durch knappe Wahlkreismehrheiten
3. Überhangmandate durch unterschiedliche Größe der Wahlkreise

1. Überhangmandate durch Wahlabsprachen

Bei Bundestagswahlen ist es wiederholt vorgekommen, daß Parteien mit Landeslisten auf die Aufstellung eigener Wahlkreisbewerber verzichtet und ihren Anhängern empfohlen haben, ihre Erststimme dem Kandidaten einer befreundeten Partei zu geben (F.D.P. zu Gunsten der CDU und Grüne zu Gunsten der SPD). Wenn solche Wahlabsprachen "funktionieren", indem die Wähler die Empfehlungen der Parteien auch befolgen, sind Überhangmandate theoretisch in großer Zahl denkbar. Ein praktisches Beispiel dafür, daß Wahlkreisabsprachen zu Überhangmandaten führen können, liefert bereits der Ausgang der Bundestagswahl 1953 in Hamburg. Hier gewann die DP zwei Wahlkreissitze, weil die CDU keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. Nach den Zweitstimmen stand der DP in Hamburg nur ein Sitz zu.

2. Überhangmandate durch knappe Wahlkreismehrheiten

Für das Erreichen von Überhangmandaten durch knappe Wahlkreismehrheiten gibt es auch ein praktisches Beispiel aus der Wahl 1949, die der SPD in Bremen ein Überhangmandat brachte. Die SPD hat damals in Bremen alle drei Wahlkreissitze nur mit knapper Mehrheit gewonnen; im Durchschnitt der Wahlkreise betrug ihr Stimmenanteil 34,4 %.

Dieses Beispiel zeigt, daß neben knappen Mehrheiten noch eine weitere Voraussetzung für die Erzielung von Überhangmandaten gegeben sein muß, nämlich der Wahlkreissieg in allen oder fast allen Wahlkreisen eines Landes. Andernfalls reicht die Zahl der Wahlkreismandate für die Erzielung von Überhangmandaten nicht aus. Dies ist um so eher möglich, je kleiner ein Land ist, weil dann auch am ehesten in allen Landesteilen homogene Verhältnisse zu erwarten sind.

Ein ähnlicher Fall könnte in dem Überhangmandat der CDU im Saarland bei der Bundestagswahl 1961 vermutet werden. Hier hat das Überhangmandat jedoch andere Gründe, obwohl die CDU im Saarland alle Wahlkreissieger stellte. Das damals noch gültige d'Hondt'sche Sitzverteilungsverfahren sorgte nämlich bei der Verteilung der Sitze einer Partei auf die Länder nicht für eine Verteilung, die dem genauen Verhältnis der Zweitstimmen entsprach. Bei einer Verteilung der Sitze der CDU auf die Länder nach dem genauen Anteil der in jedem Land für diese Partei abgegebenen Zweitstimmen an der Gesamtzahl der CDU-Zweitstimmen im Wahlgebiet, wären auf die CDU im Saarland nicht vier, sondern fünf Sitze entfallen, d. h. genau soviel, wie sie dort Wahlkreissitze errungen hat. In diesem Falle wäre also die CDU im Saarland nicht zu einem Überhangmandat, sondern zu einem "echten" Mandat gekommen.

3. Überhangmandate durch unterschiedliche Größe der Wahlkreise

An einem Beispiel soll die Aussage verifiziert werden.

Nehmen wir an, die durchschnittliche Einwohnerzahl der Wahlkreise würde 200 000 betragen und ein Bundesland habe 2 Millionen Einwohner. Dann würden sich, wenn man vom Durchschnitt ausgeht, für dieses Land 10 Wahlkreise ergeben. In allen 10 Wahlkreisen soll die Partei A, auf die 50 % der Stimmen entfallen, den Wahlkreissieger stellen. Auf der Basis der Zweitstimmen im Land sollen der Partei A 10 Sitze zustehen. Sie erhält wegen obiger Konstellation keine Überhangmandate, stellt aber auch keine über die Landeslisten gewählten Abgeordneten. Diese Situation traf bei der Bundestagswahl 1994 im Saarland für die SPD zu.

Nun sollen sich bei unveränderter Wahlkreiseinteilung die Bevölkerung und die Zahl der Wahlberechtigten um 20 % vermindert haben. Das Stärkeverhältnis der Parteien ist hierbei unverändert geblieben. Der betreffenden Partei stehen auf Grund der Zweitstimmen jetzt nur noch 8 Sitze zu, sie stellt aber weiterhin 10 Wahlkreissieger und erhält dadurch zwei Überhangmandate.

So hat z. B. die CDU 1957 in Schleswig-Holstein 14 Wahlkreissiege nur deshalb errungen, weil die Wahlkreise zu klein zugeschnitten waren. Eine proportionale Zuteilung hätte für Schleswig-Holstein 11 Wahlkreise ergeben. Dies lieferte auch die Verteilung der Zweitstimmen als Ergebnis. Aus dem

oben genannten Grund erhielt die CDU bei der Bundestagswahl 1994 in Baden-Württemberg, Mecklenburg Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen Überhangmandate.

Mit der Frage der Wahlkreiseinteilung und ihrer Bedeutung für den Erfolgswert der Wählerstimmen hat sich das Bundesverfassungsgericht aus Anlaß einer Verfassungsbeschwerde bereits in einer Entscheidung vom 26.8.1961 befaßt. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Beschwerde damals verworfen. Es führte dazu in der Begründung aus, die Wahlkreiseinteilung spiele im Rahmen der Verhältniswahl mit überregionaler Reststimmenverwertung keine entscheidende Rolle.

Man hat jedoch im Laufe der Zeit erkannt, daß insbesondere die Größe der Wahlkreise einen erheblichen Einfluß auf die Zahl der Überhangmandate hat. Deshalb hat die Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages dem Bundestag empfohlen, die Wahlkreise im Rahmen festgelegter Abweichungsgrenzen neu zuzuschneiden.

IV. Wahlkreiseinteilung

Die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages hat in ihrer Sitzung am 11. Juni 1996 empfohlen, daß der Deutsche Bundestag ab der 15. Wahlperiode (voraussichtlich im Jahre 2002), vorbehaltlich der sich aus dem Bundeswahlgesetz (BWG) ergebenden Abweichungen aus 598 Abgeordneten bestehen und folglich die Zahl der Wahlkreise im Bundesgebiet auf 299 verringert werden soll. Des weiteren empfiehlt die Reformkommission dem Bundesgesetzgeber eine Reihe der in § 3 Abs. 2 BWG fixierten Grundsätze zu modifizieren. Diese Vorschläge haben sich im 13. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 niedergeschlagen.

§ 1 Abs. 1 besagt, daß die Zahl der Bundestagsabgeordneten auf 598 reduziert wird. Das Gesetz enthält weiter die Selbstverpflichtung des Deutschen Bundestages, die Wahlkreiseinteilung für 299 Wahlkreise bis zum Ablauf der 13. Wahlperiode durch Gesetz festzulegen. Somit werden dann auch nur noch 299 Abgeordnete direkt gewählt.

Der Gesetzgeber sieht vor, daß sich für das Saarland die Zahl der Bundestagswahlkreise von 5 auf 4 reduziert.

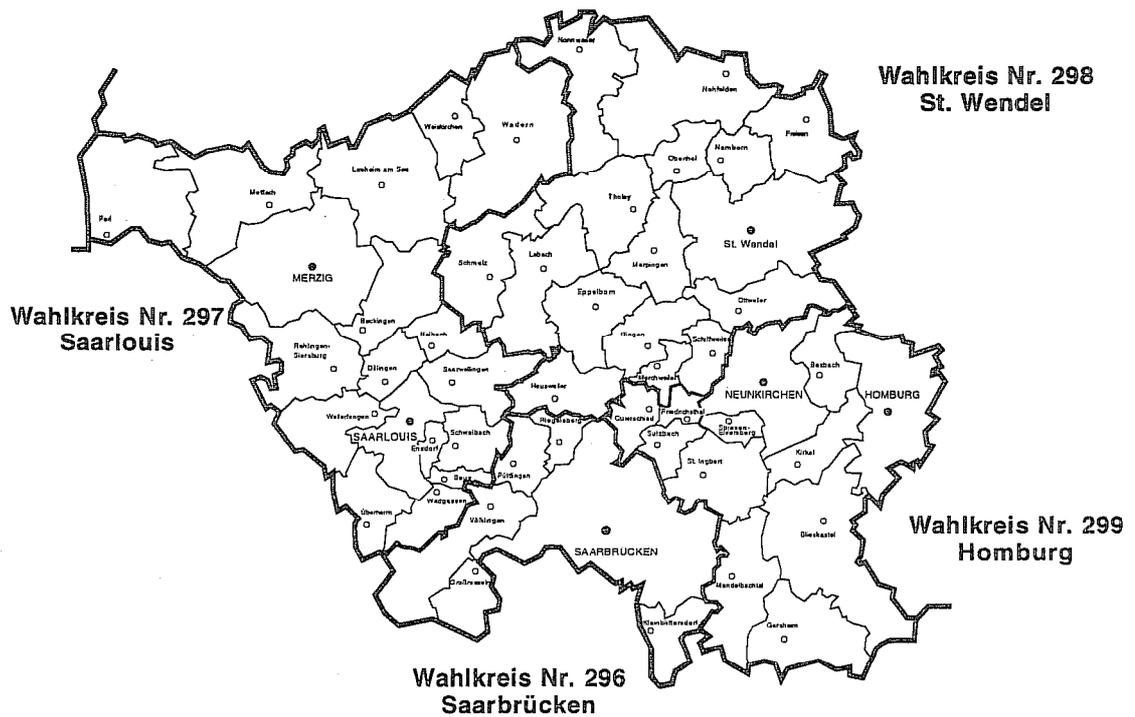
Demnach werden die Wahlkreise im Saarland folgendermaßen zugeschnitten:

Der Wahlkreis 296 wird aus den Städten und Gemeinden Saarbrücken, Großrosseln, Kleinblittersdorf, Püttlingen, Riegelsberg und Völklingen gebildet; der Wahlkreis 297 aus Bekkingen, Losheim am See, Merzig, Mettlach, Perl, Wadern, Weiskirchen, Dillingen, Nalbach, Rehlingen-Siersburg, Saarlouis, Saarwellingen, Schwalbach, Überherrn, Wadgassen, Wallerfangen, Bous, Ensdorf; der Wahlkreis 298 aus Heusweiler, Eppelborn, Illingen, Merchweiler, Ottweiler, Schiffweiler, Lebach, Schmelz, Freisen, Marpingen, Namborn, Nohfelden,

Bundestagswahlkreise im SAARLAND



Bundestagswahlkreise im Saarland (voraussichtlich ab dem Jahre 2002)



Nonnweiler, Oberthal, St. Wendel, Tholey; der Wahlkreis 299 aus Friedrichsthal, Quierschied, Sulzbach, Neunkirchen, Spiessen-Elversberg, Bexbach, Blieskastel, Gersheim, Homburg, Kirkel, Mandelbachtal und St. Ingbert.

Bei der Wahlkreiseinteilung ab der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag sind die in § 3 Abs. 1 BWG festgelegten Grundsätze für die Wahlkreiseinteilung eingehalten worden.

- Die Ländergrenzen sind einzuhalten.
- Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern muß deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.
- Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.
- Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.
- Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Deutsche Bevölkerung vom 30.9.1995 in den neu eingeteilten Wahlkreisen

Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 30.9.1995	Durchschnittliche Bevölkerung in den Wahlkreisen im Bundesgebiet	Abweichungen absolut	Abweichung in %
296	258 883	249 104	9 779	3,9
297	260 720	249 104	11 616	4,7
298	226 209	249 104	- 22 895	- 9,2
299	253 317	249 104	4 213	1,7

Aufgrund dieser Ergebnisse sind die Intervallgrenzen von +/- 15 % in den neu gebildeten Wahlkreisen bei weitem noch nicht erreicht.

V. Modell 2002 der Reformkommission

Wertet man die Erststimmenergebnisse der Bundestagswahl vom 16.10.1994 für die von der Reformkommission empfohlenen Wahlkreise aus, so sieht die Stimmenverteilung im Saarland folgendermaßen aus:

**Bundestagswahl 1994
- Verteilung der Erststimmen im Saarland mit neu eingeteilten Wahlkreisen -**

Bundestagswahlkreis	SPD		CDU		Differenz	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%-Punkte
296	89 726	51,9	62 405	36,1	27 321	15,8
297	85 310	49,1	71 244	41,0	14 066	8,1
298	78 069	50,6	67 453	43,7	10 616	6,9
299	85 845	51,0	64 348	38,2	21 497	12,8

Die SPD hätte demnach alle vier Direktmandate gewonnen.

Die Verteilung der Zweitstimmen im Bundesgebiet auf die Parteien sieht folgendermaßen aus:

**Bundestagswahl 1994
- Verteilung der Zweitstimmen im Bund mit neu eingeteilten Wahlkreisen -**

Partei	Gültige Stimmen der Partei	Zu vergebene Sitze	Gültige Stimmen insgesamt	Sitze
SPD	17 140 354	598	45 406 408	225,73 + 1 = 226
CDU	16 089 960	598	45 406 408	211,90 + 1 = 212
CSU	3 427 196	598	45 406 408	45,13 = 45
F.D.P.	3 258 407	598	45 406 408	42,91 + 1 = 43
GRÜNE	3 424 315	598	45 406 408	45,09 = 45
PDS	2 066 176	598	45 406 408	27,21 = 27

Wenn man die Zweitstimmen der SPD und der CDU auf die Länder verteilt, entfallen im Saarland aufgrund der Modellrechnung auf die SPD vier Sitze (Direktmandate) und auf die CDU drei Mandate (Landesliste). Über die Nachkommastellen werden beiden Parteien keine zusätzlichen Sitze zugewiesen.

**Bundestagswahl 1994
- Verteilung der Zweitstimmen im Saarland mit neu eingeteilten Wahlkreisen -**

Partei	Gültige Stimmen der Partei	Zu vergebene Sitze	Gültige Stimmen insgesamt	Sitze
SPD	329 287	226	17 140 354	4,34 = 4
CDU	250 978	212	16 089 960	3,30 = 3

Literatur

1. Kaltefleiter, Werner/ Nißen, Peter: Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Technik, Paderborn 1980
2. Dr. Schwarz, Karl : Die Ursachen der Überhangmandate bei Bundestagswahlen und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung, in: Die öffentliche Verwaltung 5/62, Heft 10.

Krebsregister

C. Stegmaier, H. Ziegler

Von der deskriptiven zur analytischen Epidemiologie - ein Überblick über das Aufgabenspektrum und die Forschungsaktivitäten eines Jahrzehnts im Krebsregister Saarland

Einführung

Das Krebsregister Saarland hat als einziges bevölkerungsbezogenes Krebsregister in der BRD in den vergangenen Jahren eine kontinuierliche, hinreichend vollständige Beobachtung des Krebsgeschehens in der Bevölkerung eines Bundeslandes ermöglicht (1). Dies erfolgt in erster Linie durch die jährliche Messung der Krebsinzidenz, d. h. die Häufigkeit des Auftretens von Neuerkrankungen nach Krebsformen, Alter, Geschlecht und anderen sozialen Merkmalen. Über die wichtigen deskriptiven Aufgaben des "Monitoring" hinaus wurden seit Ende der 80er Jahre sowohl registerintern, vor allem aber auch in Kooperation mit externen Wissenschaftlern, gezielte wissenschaftliche Analysen und Studien zu einer Reihe sozialmedizinischer Fragestellungen im Kampf gegen den Krebs durchgeführt. Dazu gehören Beiträge zur Bedarfsplanung von Therapie- und Versorgungseinrichtungen im Gesundheitswesen, zur Evaluation von Fortschritten in Früherkennung und Behandlung und zur analytisch epidemiologischen Erforschung von Krebsursachen und -risiken. Darüber hinaus wurden ebenfalls Untersuchungen zur Weiterentwicklung von Methoden und Techniken zur Verbesserung der Effizienz von Krebsregistern durchgeführt. Der folgende Beitrag gibt einen skizzenhaften Überblick zu den wichtigsten Aktivitäten zur weitergehenden epidemiologischen Nutzung der Datenbasis des Registers. Dies sind einmal Auswertungen und Analysen auf der Grundlage der vorhandenen routinemäßig erhobenen Daten und zum anderen Studien, die über die Routinemeldungen hinausgehen und gegebenenfalls auch den Patienten selbst einbinden.

Epidemiologische Auswertungen unter Nutzung von Routedaten des Krebsregisters

1. Beiträge zur Bereitstellung von Basisinformationen zur Bedarfsplanung im Gesundheitswesen

Wichtige Voraussetzung für eine angemessene Bedarfsplanung von Behandlungskapazitäten und Versorgungseinrich-

tungen für onkologische Patienten ist eine möglichst zuverlässige quantitative Abschätzung der in der Zukunft zu erwartenden Inzidenz und Prävalenz bösartiger Neubildungen. Die wichtigsten Parameter hierfür sind die demographische Entwicklung sowie die zeitlichen Entwicklungstrends in den (altersspezifischen) Neuerkrankungsraten (2).

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung im Saarland läßt, wie in der übrigen Bundesrepublik, bei Fertilitätsraten unter dem Ersatzniveau mittel- und langfristig einen rasch zunehmenden Anteil der älteren Bevölkerung bei abnehmender Gesamtbevölkerungszahl erwarten. Eine Modifikation dieser Entwicklung kann sich durch Wanderungseinflüsse ergeben, die sich gerade in den letzten Jahren als schwer abwägbar erwiesen. Dies mag die zunehmende Überalterung der Gesellschaft lindern, aber letztlich nicht verhindern. Zu den wichtigsten Konsequenzen des demographischen Alterns für das öffentliche Gesundheitswesen gehört eine Zunahme der Belastung an bösartigen Neubildungen. Ein grober Indikator für den personellen, institutionellen und finanziellen Versorgungsbedarf ist die rohe Inzidenz aller bösartigen Neubildungen, die sich als Gesamtzahl aller Neuerkrankungen pro 100 000 der Bevölkerung pro Jahr errechnet. In einem ersten Ansatz wurde 1989 der Einfluß der natürlichen Bevölkerungsentwicklung auf die rohe Krebsinzidenz abgeschätzt, die in den kommenden Jahrzehnten unter der vereinfachenden Annahme zu erwarten wäre, daß die Mitte der 80er Jahre beobachteten durchschnittlichen altersspezifischen Fertilitäts- und Mortalitätsraten ebenso wie die altersspezifischen Inzidenzraten bösartiger Neubildungen auf konstantem Niveau bleiben (3).

Während die Ursachen der beobachteten und in der genannten Untersuchung projizierten Trends für viele Krebsarten weitgehend unklar sind, gibt es für einige Tumoren bekannte wichtige Risikofaktoren, deren Veränderungen bevölkerungsweltweit meßbar sind. Damit läßt sich der zu erwartende Effekt dieser Veränderungen auf künftige Inzidenzraten quantifizieren. Ein Beispiel hierfür ist der Zusammenhang zwischen dem Alter einer Frau bei der Geburt ihres ersten Kindes und dem Brustkrebsrisiko (4). Ein hohes Alter bei der Erstgeburt bzw.

Kinderlosigkeit ist mit einem erhöhten Brustkrebsrisiko assoziiert (5). Im Saarland war in den vergangenen Jahrzehnten wie in anderen Teilen der BRD ein deutlicher Trend zu einer Reduktion der Geburtenraten und zu einer Verschiebung des Alters bei der Erstgeburt in höhere Altersgruppen zu verzeichnen, der sich quantitativ in den Vitalstatistiken leicht nachvollziehen läßt. Verknüpft man diesen Trend mit den Ergebnissen epidemiologischer Studien über Zusammenhang zwischen Alter bei der Erstgeburt oder Kinderlosigkeit und Brustkrebsrisiko, so ergibt sich, daß allein aufgrund des veränderten Gebärverhaltens mit einer erheblichen Zunahme der Brustkrebsinzidenz bei den nach 1945 geborenen Frauen zu rechnen ist (Tabelle 1).

Tabelle 1: Anteil noch kinderloser saarländischer Frauen in verschiedenen Lebensaltern für sukzessive 5-Jahres-Geburtskohorten und erwarteter Einfluß der veränderten Fertilitätsraten auf die altersspezifischen Brustkrebsinzidenzraten

Geburtsjahre	Noch kinderlos mit			Veränd. Inzidenz ¹⁾
	20 Jahren	25 Jahren	30 Jahren	
1936 - 1940	90,5	34,8	9,4	- ²⁾
1941 - 1945	84,3	29,6	11,4	- 2,2
1946 - 1950	87,6	44,1	22,9	+ 4,4
1951 - 1955	83,8	54,6	27,6	+ 7,4
1956 - 1960	89,3	59,1	32,9	+ 10,6
1961 - 1965	91,4	67,1	37,4 ³⁾	+ 14,0
1966 - 1970	94,2	69,2 ³⁾	38,5 ³⁾	+ 15,3

1) Projizierte Veränderung der altersspezifischen Brustkrebsinzidenzraten aufgrund des veränderten Gebärverhaltens. 2) Referenzgruppe. 3) projiziert.

Das soeben beschriebene Vorgehen ist ein anschauliches Musterbeispiel dafür, wie neben dem Risikofaktor "demographische Entwicklung" auch andere Risikofaktoren in die Vorusberechnung von Häufigkeit und Auftreten der verschiedenen Krebserkrankungen einbezogen werden können.

2. Beiträge zur Evaluation von Fortschritten in Früherkennung und Vorsorge

Ein Workshop internationaler Experten der International Union against Cancer (UICC) kam 1990 bei der Bewertung aller bis dahin vorliegenden Untersuchungen über die Wirksamkeit von Früherkennungsmaßnahmen zu dem Schluß, daß ein hinreichender Wirksamkeitsnachweis, der die Durchführung bevölkerungsweiter organisierter Screeningprogramme rechtfertigt, bislang lediglich für Früherkennungsmaßnahmen für den Brustkrebs und das Gebärmutterhalskarzinom vorliegt (6).

Eine Untersuchung im Krebsregister Saarland aus dem Jahre 1990 (7) konzentrierte sich auf die Gebärmutterhals- oder Zervixkarzinome, für die von der UICC ein Screening mittels Zellabstrichuntersuchung der Portio in 3- bis 5-jährigen Abständen zwischen dem 25. und 60. Lebensjahr empfohlen

wird. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen wurde nie in einer randomisierten Studie überprüft.

Übereinstimmende Beobachtungen aus vielen Ländern, insbesondere den skandinavischen Ländern, die konsistent einen Zusammenhang zwischen dem Angebot organisierter Screeningprogramme und einem verstärkten Rückgang der Mortalität an Zervixkarzinomen fanden, sprechen jedoch so stark für die Wirksamkeit, daß eine randomisierte Studie mit einer Kontrollgruppe ohne das Angebot einer Zellabstrichuntersuchung aus ethischen Gründen nun nicht mehr zu rechtfertigen wäre.

In der Bundesrepublik wurde 1971 das sogenannte "gesetzliche" Früherkennungsprogramm eingeführt, das u.a. für Frauen ab dem 30. Lebensjahr (seit Beginn der 80er Jahre ab dem 20. Lebensjahr) eine jährliche Untersuchung vorsieht.

Aufgrund des Fehlens einer systematisch geplanten Programmevaluation kann die Wirksamkeit des deutschen Programms nur indirekt anhand von Morbiditäts- und Mortalitätsdaten beurteilt werden. Mortalitätsraten für Gebärmutterhalskarzinome sind wegen der häufig fehlenden Differenzierung zwischen Zervix- und Corpuskarzinom auf den Todesbescheinigungen mit besonderer Vorsicht zu bewerten. So kam dem Saarland mit einer verlässlichen Krebsregistrierung auch in der Evaluation von Fortschritten in der Krebsfrüherkennung eine Schlüsselrolle zu.

Die unter dieser Fragestellung untersuchten Daten des Krebsregisters sprechen in der Tat für die Wirksamkeit des Früherkennungsprogramms (7). So stiegen die Entdeckungsraten des präinvasiven Carzinoma in situ der Zervix zu Beginn der 70er Jahre sprunghaft an und erreichten Mitte der 70er Jahre etwa das dreifache Niveau der Ende der 60er Jahre beobachteten Raten, um später allmählich auf Raten abzufallen, die noch ca 40 % über den Entdeckungsraten vor Einführung des Programms liegen (Tabelle 2).

Tabelle 2: Entwicklung der altersstandardisierten Entdeckungsraten des Carcinoma in situ der Zervix und des invasiven Zervixkarzinoms im Saarland im Zeitraum 1968 bis 1987

	1968 bis 1970 ¹⁾	Veränd. gegenüber 1968 bis 1970 in Prozent					
		1971 bis 1973	1974 bis 1976	1977 bis 1979	1980 bis 1982	1983 bis 1985	1986 bis 1987
Carcinoma in situ Invasives Zervixkarzinom	7,7 + 135,1	+ 189,6	+ 94,8	+ 37,7	+ 40,3	+ 48,1	
FIGO I + II	20,1	+ 2,0	- 27,4	- 44,8	- 56,7	- 54,2	
FIGO III + IV	10,7	- 7,5	- 31,8	- 45,8	- 62,6	- 64,5	

1) Referenzzeitraum; Fälle pro 100 000 Frauen pro Jahr, altersstandardisiert (Standard: BRD 1970).

3. Fortschritte in Therapie und Versorgung

Ein Monitoring der Überlebensraten bevölkerungsbezogener Krebsregister ergibt grobe Anhaltspunkte für bevölkerungsmedizinisch relevante Fortschritte in der Therapie. Zur Beurtei-

lung der spezifisch krebsbedingten Sterblichkeit eignen sich dabei insbesondere relative, d. h. um die Sterblichkeit der altersentsprechenden Allgemeinbevölkerung bereinigte, Überlebensraten. In einer Gemeinschaftsarbeit des Deutschen Krebsforschungszentrums und des Krebsregisters Saarland (8) im Jahre 1991 wurde für die häufigsten Krebsarten ein Vergleich der relativen Überlebensraten zwischen den Diagnosezeiträumen 1972 - 76, 1977 - 81 und 1982 - 86 vorgenommen.

Echte therapeutische Durchbrüche, die sich in den Daten des Krebsregisters Saarland auch bevölkerungsweit nachvollziehen lassen, gab es bei den malignen Hodentumoren und beim Gebärmutterhals. Beim Hodenkarzinom stiegen die relativen 5-Jahres Überlebensraten im Vergleich der betrachteten Zeiträume von 60 % auf 85 % an.

4. Beiträge zur analytischen Epidemiologie

Als Beispiele für Forschungsaktivitäten in diesem wichtigen Aufgabenbereich werden im folgenden die Kohortenstudien des Registers zum Risiko primärer Zweitmalignome bei Patientinnen mit gynäkologischen Tumoren kurz vorgestellt. Die Indikation für solche Studien ist vielfältig: Zum einen können sich aus dem auffällig häufigen Zusammentreffen verschiedener Tumoren Hinweise über mögliche gemeinsame Risikofaktoren ergeben und erhärten. Zweittumorstudien können darüber hinaus zur Überwachung möglicher unerwünschter Folgen der Therapie beitragen und Anhaltspunkte für den spezifischen Nachsorgebedarf von Tumorpatienten geben. Die Voraussetzung für derartige Studien, große Patientenkollektive und langjähriges Follow-up, sind im allgemeinen nur in bevölkerungsbezogenen Krebsregistern gegeben. Methodisch wird dabei so vorgegangen, daß die Zahl der bei Tumorpatienten beobachteten Zweittumoren mit der Zahl verglichen wird, die man erwarten würde, hätten die Tumorpatienten dasselbe Risiko für den betrachteten Tumor wie die altersentsprechende Allgemeinbevölkerung. Der Quotient aus beobachteten und erwarteten Zweittumoren ist eine standardisierte Inzidenzratio (SIR).

Tabelle 3 faßt die Ergebnisse der saarländischen Studien zum Auftreten bösartiger Neubildungen bei Patientinnen mit gynäkologischen Tumoren (9,10) für die wichtigsten Zweittumorkategorien zusammen.

Bei Patientinnen mit Gebärmutterhalskarzinomen entsprach die Zahl der beobachteten fast exakt der Zahl der erwarteten Zweittumoren. Auffällig häufig traten jedoch Zweitmalignome im Harntrakt, insbesondere in der Blase auf, was mit gemeinsamen Risikofaktoren (z. B. Rauchen) oder eventuellen Strahlenfolgen zu erklären sein könnte. Signifikant seltener als erwartet traten dagegen bei diesen Patientinnen Karzinome der Brust auf, was im Einklang mit dem unterschiedlichen Risikofaktorenprofil steht.

INNOVA-Projekt

Beim INNOVA-Projekt handelt es sich um ein Forschungsvorhaben zur Erprobung innovativer Methoden und Techniken in der Krebsregistrierung.

Am 1. Januar 1995 ist in Deutschland das "Gesetz über Krebsregister (KRG)" als Bundesgesetz in Kraft getreten. Die Geltungsdauer dieser Rechtsvorschrift ist auf den 31.12.1999 begrenzt. Nach den gesetzlichen Vorgaben haben alle Bundesländer in diesem 5-Jahreszeitraum für ihre jeweiligen Gebiete bevölkerungsbezogene Krebsregister zu errichten.

Zur funktionsgerechten Aufgabenerfüllung ist ein Abgleich und eine Zusammenführung von Informationen zu Krebserkrankungen in den Bezugsbevölkerungen aus vielfältigen Quellen unabdingbar. Dabei hat sich inzwischen auch in Deutschland, wie international seit längerem akzeptiert und praktiziert, die Überzeugung durchgesetzt, daß bevölkerungsbezogene Krebsregistrierung bis zu einem gewissen Stadium nicht auf die Erfassung und Nutzung personenbezogener Angaben verzichten kann.

Vor dem Hintergrund des Spannungsfeldes zwischen Krebsregistrierung und dem notwendigen Eingriff in das individuelle Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung hat sich der Bundesgesetzgeber für ein Melde- und Verarbei-

Tabelle 3: Zahl der beobachteten (B) und der aufgrund der Inzidenzrate in der altersentsprechenden Allgemeinbevölkerung erwarteten (E) Zweitmalignome und standardisierte Inzidenzratio (SIR = B/E) bei Patientinnen mit gynäkologischen Tumoren Saarland 1968 bis 1987

Zweittumor-lokalisierung	Lokalisation des Ersttumors											
	Zervix				Korpus				Ovar			
	B	E	SIR	(95 % KI)	B	E	SIR	(95 % KI)	B	E	SIR	(95 % KI)
Speiseröhre Magen	8	10,0	0,80	(0,35 - 1,58)	14	12,1	1,16	(0,63 - 1,94)	1	2,5	0,40	(0,01 - 2,21)
Dickdarm und Mastdarm	27	22,4	1,20	(0,79 - 1,76)	29	25,8	1,12	(0,75 - 1,62)	10	5,4	1,86	(0,89 - 3,43)
Atmungsstrakt	10	5,6	1,77	(0,85 - 3,26)	7	6,0	1,17	(0,47 - 2,42)	2	1,3	1,55	(0,19 - 5,60)
Brust	18	32,4	0,56	(0,33 - 0,88)	38	29,6	1,29	(0,91 - 1,76)	9	6,8	1,32	(0,60 - 4,51)
Harntrakt	15	6,2	2,41	(1,35 - 3,97)	10	7,0	1,43	(0,69 - 2,64)	5	1,5	3,45	(1,12 - 8,03)
Lymphome, Leukämien	7	6,5	1,08	(0,43 - 2,23)	6	7,0	0,86	(0,32 - 1,87)	2	1,5	1,34	(0,16 - 4,84)
Gesamt	98	99,3	0,99	(0,80 - 1,20)	125	105,1	1,19	(0,99 - 1,42)	32	22,8	1,41	(0,96 - 1,99)

tungsmodell entschieden, das im weltweiten internationalen Vergleich einzigartig ist. Danach besteht ein epidemiologisches Krebsregister aus zwei selbständigen organisatorischen und personell völlig separaten Stellen: 1. die Vertrauensstelle, 2. die Registerstelle. Personenidentifizierende Informationen werden ausschließlich, und dies auch nur für einen kurzen Zeitraum, in der sogenannten Vertrauensstelle vorgehalten und bearbeitet.

Sie sind nach einem komplizierten asymmetrischen Chiffriersystem zu verschlüsseln und zu speichern. Es werden sogenannte Kontrollnummern gebildet, die, erweitert um den Satz epidemiologischer Daten, dem Abgleich und der Verknüpfung der eingehenden Meldungen dienen sollen. Dabei soll zur Zuordnung ein automatisches, stochastisches Verfahren zur Anwendung kommen. Die hierzu entwickelten Werkzeuge sind theoretisch elegant und konsistent. Sie haben auch im Test mit künstlich simulierten Datenbeständen akzeptable Fehlerraten erzielt. Was aussteht, ist die Bewährung in einem längerfristigen Routinebetrieb eines regionalen Krebsregisters mit seinen möglichen vielfältigen Fehlerquellen.

Hier setzt das Forschungsvorhaben INNOVA des Krebsregisters Saarland, das von der Deutschen Krebshilfe finanziert wird, auf.

Da einmal das Record-Linkage mit personenidentifizierenden Informationen im Klartext, wie im Saarland seit über 25 Jahren erfolgreich praktiziert, zu zuverlässigen Ergebnissen führt und es andererseits noch keine umfassenden Untersuchungen zu den Fehlerraten des "Bundesmodells" im Routinebetrieb gibt, besteht ein nachhaltiges, bundesweites Interesse an einer vergleichenden Studie der beiden Verarbeitungsverfahren. Sollte sich das vorgeschlagene verschlüsselte Verfahren bewähren, wäre es eindeutig - als datenschutzrechtlich milderes Mittel - das Verfahren der Wahl.

Beim Record-Linkage unabhängig voneinander eingehender Meldungen gibt es zwei Hauptfehlerkategorien, die es zu kontrollieren gilt. Es handelt sich dabei um sogenannte Synonym- und Homonymfehler. Ein Synonymfehler tritt auf, wenn neu eingehende Belege nicht zu einer bereits bekannten Person zugeordnet werden, obwohl die Person identisch ist. Der Homonymfehler tritt dann auf, wenn beim Eingang einer Meldung diese fälschlicherweise mit den Daten einer bereits erfaßten Person zusammengefaßt wird. Der Synonymfehler führt zu Über-, der Homonymfehler zu Untererfassung, damit wirken sich beide Arten von Fehlzuordnungen auf Inzidenz, Prävalenz und Überlebenszeiten aus.

Wichtig ist bei einem abschließenden Vergleich die Möglichkeit einer individuellen fallweisen Abklärung; ein lediglich globaler Vergleich von Fall- und Meldezahlen kann irreführend sein, da Synonymfehler die Zahl der Fälle erhöhen, Homonymfehler jedoch die Fallzahl wieder verringern, d. h. sie bewirken gegenläufige Effekte, die sich in den Globalangaben zwar

kompensieren können, trotzdem aber zu falschen verzerrten Ergebnissen führen.

Die beschriebenen Fehleruntersuchungen können mit den Angaben der Routinemeldungen durchgeführt werden. Behandelnde Ärzte müssen in der Regel nicht kontaktiert werden. Patientenbefragungen sind nicht erforderlich.

Epidemiologische Studien mit eigener Datenerhebung in Kooperation mit anderen Forschungseinrichtungen

Begünstigt durch den vollständigen Datenbestand in hoher Qualität und die Forderung nach besserer Nutzung bestehender Krebsregister im Zusammenhang mit den Diskussionen um das Bundeskrebsregistergesetz Anfang der 90er Jahre wurde das Krebsregister Saarland verstärkt in nationale und internationale epidemiologische Studien eingebunden. Neben den Routedaten von Krebsregistern werden zur Durchführung dieser Studien zusätzliche Daten benötigt. Diese stammen entweder aus Datenquellen anderer Institutionen (z. B. Krankenakten, Personalunterlagen von Unternehmen, Krankenkassen), die mit den Daten des Registers zusammengeführt werden oder aus eigens für das jeweilige Projekt konzipierter spezieller Datenerhebung mittels Interview von Betroffenen oder Dritten.

An größeren Projekten sind hier zu erwähnen:

- Untersuchungen zum Krebsrisiko saarländischer Bergleute,
- EUROCARE-Studie,
- Europäische Verbundstudie zu arbeitsplatzbedingten Risikofaktoren seltener Krebserkrankungen (EVA),
- Verlauf der diagnostischen Abklärung bei Krebserkrankungen (VERDI).

1. Untersuchungen zum Krebsrisiko saarländischer Bergleute

Quarzstäube und quarzhaltige Stäube stehen im Verdacht, krebserzeugend zu wirken. Verstärkt besteht der Verdacht für Lungenkarzinome. In einer gemeinsamen epidemiologischen Längsschnittstudie des Arbeitmedizinischen Zentrums der Saarbergwerke, dem Institut für Arbeitswissenschaften der Ruhrkohle AG, dem Institut für Arbeitsmedizin der Universität Köln und dem Krebsregister Saarland soll diese Hypothese untersucht werden.

Das Saarland eignet sich als Untersuchungsregion, da zum einen der Quarzanteil im Kohlengrubenstaub besonders hoch liegt und andererseits das Krebsregister Saarland die Möglichkeit eines retrospektiven Follow-back bietet.

Als Studienkollektiv wurde die von der Saarbergwerke AG im Rahmen einer Pneumokoniosestudie zusammengestellte Kohorte von 4 628 Bergleuten, die mindestens 5 Jahre unter

Tage gearbeitet hatten und deren Belastungsdaten relativ gut aufbereitet waren, verwendet.

Da die gesetzliche Grundlage des Krebsregisters einen Abgleich einer Kohorte mit dem Registerbestand, zumindest für noch lebende Personen, nicht zuläßt, werden regelmäßig für die Kohorte der jeweils bis zu dem nächsten Zeitpunkt verstorbenen Bergarbeiter aus der Studienpopulation die Todesursachen und die eventuellen Krebsdiagnosen ermittelt und danach statistisch ausgewertet.

Mit einem Kollektiv von mittlerweile über 400 Verstorbenen lassen sich danach Risiken der untertage tätigen Bergarbeiter für Krebs insgesamt bzw. für verschiedene Lokalisationen im Vergleich mit der Normalbevölkerung errechnen (11).

Tabelle 4: Im 5-Jahres-Raster auf die männliche Gesamtbevölkerung des Saarlandes indirekt alters- und kalenderzeitstandardisiertes Mortalitätsverhältnis SMR mit 0,95 - Konfidenzintervall (SMR_i, SMR_r)

Zeitraum: 01.01.1980 bis 31.12.1990, alle Todesursachen				
Anzahl Verstorbene		SMR	SMR _i	SMR _r
beob.	erw.			
48	114,6	0,42	0,31 (innerhalb der Untertagezeit)	0,55
227	335,1	0,68 (nach Beendigung der Untertagetätigkeit)	0,59	0,77
275	449,9	0,61	0,54	0,69 (Gesamtzeit)

$$SMR_i = \exp(\log SMR - 1,96 / \sqrt{beob})$$

$$SMR_r = \exp(\log SMR + 1,96 / \sqrt{beob})$$

2. EUROCARE-Studie

Die Ziele des im Rahmen des BIOMED-Programmes der EU geförderten Projektes sind:

- Überprüfung der Möglichkeit, mit Hilfe von Krebsregistern regelmäßig europaweit standardisierte Informationen über Art und Umfang der medizinischen Versorgung von Krebskranken zu erheben;
- Beschreibung spezieller diagnostischer und therapeutischer Verfahren;
- Schaffung einer Basis zur Beobachtung zeitlicher Entwicklungstrends in Behandlungs- und Vorsorgeprogrammen;
- Die Erkundung der Möglichkeiten zur Darstellung von Überlebenszeiten mit nicht eingeschränktem Gesundheitsbefinden.

In einer ersten Stufe erfolgte die Übernahme und Auswertung der Routinedaten aus allen kooperierenden europäischen Krebsregistern. Das Krebsregister Saarland und für einige wenige Lokalisationen das bundesweite Kinderkrebsregister waren hier die einzigen deutschen Vertreter. Die Veröffentli-

chung der Ergebnisse zu zahlenmäßigem Auftreten, zu Tumorstadien und zur Überlebenszeit für die einzelnen Länder und Regionen Europas erfolgte 1995 in einer Publikation der IARC (12).

Die teilweise sehr unterschiedlichen Überlebenszeiten in den einzelnen Ländern warfen die Frage nach möglichen Unterschieden in der medizinischen Versorgung und Betreuung auf. Deshalb wurden in einem zweiten Schritt europaweit standardisiert Nacherhebungen und ein gezieltes Follow-back der Patienten durchgeführt. Das bedeutete, für 5 Diagnosejahre sollten für alle in dieser Zeit aufgetretenen Tumoren retrospektiv aus den Krankenakten Daten zur Diagnostik, zum Stadium und zur Therapie erhoben werden. Für alle Patienten mußte zusätzlich der Vitalstatus geklärt werden.

Betrachtet wurden dabei die häufigsten Lokalisationen wie Mamma, Darm und Lunge.

Da das Krebsregister Saarland wegen rechtlicher Restriktionen keine nachträglichen Erhebungen aus den Krankenakten durchführen kann, und derzeit lediglich der Mortalitätsabgleich zur Abklärung des Vitalstatus nutzbar ist, war kein deutsches Register in der Lage, sich an dem zweiten Teil des Projektes (High Resolution Study) zu beteiligen.

Die dritte Stufe konzentriert sich auf Lokalisationen, bei denen international ein Anstieg der Erkrankungsraten zu verzeichnen ist, nämlich Hoden, Prostata und Melanome der Haut. Hier interessiert vor allem das Stadium zum Zeitpunkt der Diagnosestellung und die Histologie. Da aufgrund speziellen Interesses im eigenen Land die Melanome der Haut in den Routinedaten des Krebsregisters Saarland sehr ausführlich dokumentiert sind, beteiligt sich das Register an den Untersuchungen zu dieser Lokalisation, die derzeit in England erfolgen.

3. EVA und VERDI

Einen beträchtlichen Teil an "Feldarbeit" nahmen jedoch die beiden großen epidemiologischen Studien des Krebsregisters Saarland, bei denen eine Befragung der Patienten durchgeführt wurde, in Anspruch (EVA und VERDI).

EVA steht für Europäische Verbundstudie zu arbeitsplatzbedingten Risiken seltener Erkrankungen; es handelt sich um eine internationale Fall-Kontroll-Studie, die auch in Deutschland als multizentrische Studie angelegt ist. Beteiligt sind die Regionen Essen und Bremen ohne Krebsregister und neben dem Krebsregister Saarland das Hamburgische Register. Eingeschlossen und befragt wurden Patienten/innen mit bestimmten seltenen Tumorerkrankungen und Männer mit Hodentumoren.

VERDI bedeutet Verlauf der diagnostischen Abklärung von Krebserkrankungen. In einer großangelegten Befragung von rund 1 000 Patienten/-innen mit Mamma-, Magen- und Darmtumoren wird versucht, die Bedeutung des Diagnosezeitpunk-

tes und der unterschiedlichen Verzögerungsmöglichkeiten auf die Prognose des Tumors zu erforschen.

Die Darstellung der Konzeption, der Datenerhebung und erste Ergebnisse dieser beiden Studien sowie der Kohortenstudie zum Krebsrisiko saarländischer Bergleute bleiben gesonderten Beiträgen vorbehalten.

Literatur:

1. Muir C.S., Waterhouse J., Mack eds.: Cancer Incidence in five Continents, vol. VI Lyon: International Agency for Research on Cancer, 1992
2. Brenner H., Stegmaier C., Ziegler H.: Magnitude and time trends of the life-time risk of developing cancer in Saarland, Germany. Eur J Cancer 1990; 26: 978-982.
3. Brenner H., Ziegler H.: Modellrechnungen zum Einfluß demographischer Veränderungen auf die Krebsinzidenz im Saarland. Öff. Ges.-Wes.; 1989; 51: 743-748.
4. Brenner H., Stegmaier C.: Projected impact of the trend toward delayed childbearing on breast cancer incidence in Saarland/FRG. Soz. Praeventivmed; 1990; 35: 1-4
5. La Vecchia C., Negri E., Boyle P.: Reproductive factors and breast cancer: an overview. Soz. Praeventivmed; 1989; 34:101-107
6. Miller A.B., Chamberlain J., Day N.E., Hakama M., Prorok P.C.: Report on a workshop of the UICC project on evaluation of screening for cancer. Int J Cancer 1990; 46:761-769
7. Brenner H., Wiebelt H., Ziegler H.: Fortschritte in der Früh-erkennung des Zervixkarzinoms aus der Sicht des saarländischen Krebsregisters. Geburtsh. u. Frauenheilk. 1990; 50:304-309
8. Wiebelt H., Hakulinen T., Ziegler H., Stegmaier C.: Leben Krebspatienten heute länger als früher? Eine Überlebenszeitanalyse der Krebspatienten im Saarland der Jahre 1972 bis 1986. Soz. Praeventivmed 1991; 36:86-95
9. Brenner H., Stegmaier C., Ziegler H.: Untersuchungen zum Auftreten von Zweitumoren nach Zervixneoplasien im Saarland 1968-1987. Geburtsh. u. Frauenheilk. 1990; 50:614-618
10. Brenner H., Siegle S., Stegmaier C., Ziegler H.: Second primary malignancies following gynecological tumours in Saarland, Germany, 1968-1987. J Cancer Res Clin Oncol 1993; 119:179-183
11. Morfeld P., Lampert K., Ziegler H., Stegmaier C., Dhom G., Piekarski C.: Zur Krebsmortalität von unter Tage tätigen Bergleuten im Deutschen Steinkohlenbergbau, Dokumentationsband Arbeitsmedizinisches Kolloquium der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Herausg. Prof. Dr. E. Münzberger, 399-404
12. Survival of Cancer Patients in Europe, IARC, Nr 192, Lyon 1995

Preise

Marie-Luise Pfaff

Preisindex für die Lebenshaltung im Februar 1998

Die Verbraucherpreise im Saarland stiegen, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen, von Mitte Januar bis Mitte Februar 1998 um 0,2 %. Die Jahresteuersatzrate gegenüber Februar 1997 betrug 1,4 % und war damit geringfügig niedriger als im Vormonat; im Januar 1998 war eine Jahresveränderungsrate von 1,5 % ermittelt worden.

Für die Preisentwicklung seit Mitte Januar waren hauptsächlich saisonale Einflüsse verantwortlich. So verteuerten sich die Preise für Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes gegenüber Januar 1998 um 4,4 %, Pauschalreisen sogar um 12,0 %. Auch im Bereich der Nahrungsmittel konnten für einige Waren größere Preissteigerungen festgestellt werden. Bei frischem Kernobst errechnete sich gegenüber Januar 1998 eine durchschnittliche Verteuerung von 6,3 % und bei Süd- und Zitrusfrüchten von 2,9 %. Bei frischem Fruchtgemüse stiegen die Preise in Monatsfrist um 3,2 %. Dagegen verbilligte sich Blatt- und Stengelgemüse um 4,3 %.

Günstig auf die Preisentwicklung im Februar wirkten sich die weiter fallenden Preise für Heizöl und Kraftstoffe aus. Heizöl verbilligte sich gegenüber dem Vormonat um 0,1 % und war damit um 15,3 % preiswerter als noch vor Jahresfrist. Die Preise für Kraftstoffe sanken gegenüber Januar 1998 um 1,0 % und gegenüber Februar 1997 um 4,2 %.

„Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ sowie „Bekleidung, Schuhe“ verteuerten sich im Jahresvergleich um 1,2 %. Die im Jahresabstand gemessene Zunahme der Wohnungsmieten lag im Februar bei 1,5 %. Höher als bei der Gesamtlebenshaltung (+ 1,4 %) lag die Jahresteuersatzrate bei den Gütern für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (+ 2,7 %) sowie den Gütern für die Gesundheits- und Körperpflege (+ 11,0 %), wobei letztere hauptsächlich auf die im Juli 1997 erhöhten Zuzahlungsbeträge für Arzneimittel zurückzuführen ist. Ein stabiles Preisniveau gab es bei den Gütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen im Februar 1998

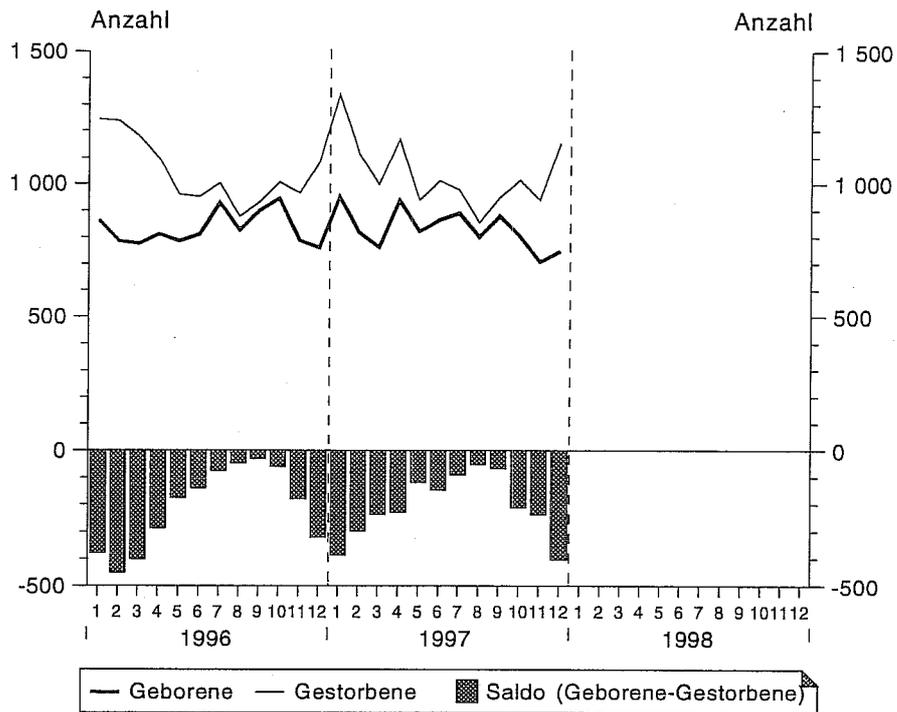
Hauptgruppe	Wägungsanteil in Promille	1991=100	Veränderung gegenüber	
			Vorjahr	Vormonat
			in Prozent	
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	237,69	109,4	1,2	0,2
Bekleidung, Schuhe	76,14	110,2	1,2	-
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	253,16	118,2	1,3	-
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	202,44	122,1	1,5	-
Energie (ohne Kraftstoffe)	50,72	102,3	-	-0,1
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	71,09	110,1	0,7	-0,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	36,33	130,7	11,0	0,1
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	170,00	117,5	-	-0,1
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	100,84	116,0	2,7	-0,1
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungs- gewerbes	54,75	126,6	0,6	2,3
Gesamtlebenshaltung	1 000,00	115,5	1,4	0,2

Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen im Saarland auf verschiedenen Basisjahren

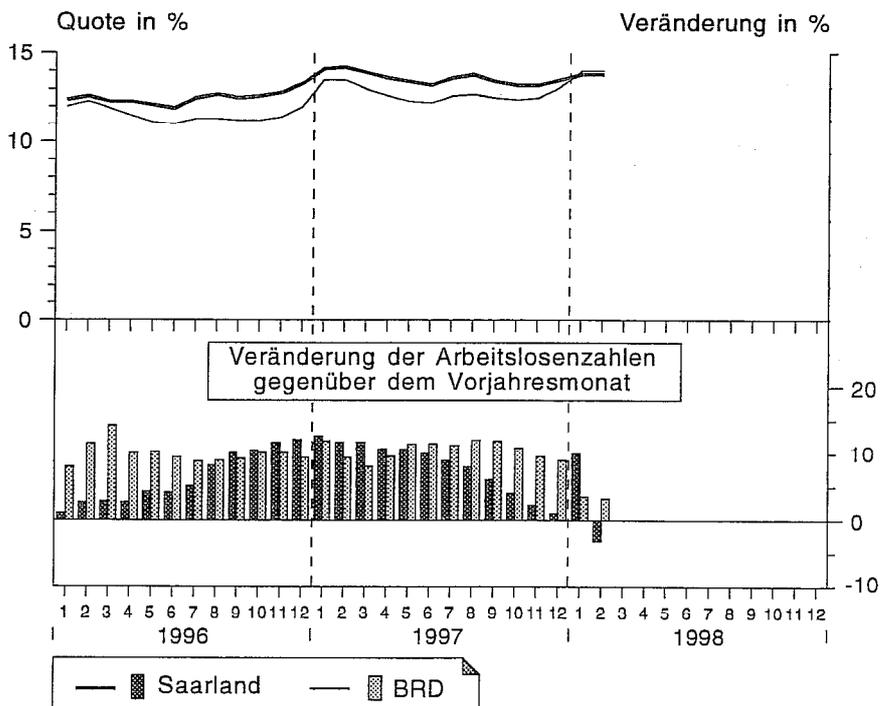
		1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Januar	a	91,1	90,9	91,2	93,3	95,4	98,2	101,8	105,3	109,0	110,5	112,0	113,6	115,3
	b	100,6	100,4	100,8	103,1	105,4	108,5	112,5	116,3	120,4	122,1	123,7	125,5	127,4
	c	121,6	121,3	121,8	124,6	127,4	131,1	135,9	140,6	145,5	147,5	149,5	151,7	153,9
Februar	a	91,2	91,0	91,3	93,6	95,8	98,8	102,4	106,2	109,6	111,0	112,3	113,9	115,5
	b	100,7	100,5	100,9	103,4	105,8	109,2	113,1	117,3	121,1	122,6	124,1	125,8	127,6
	c	121,7	121,5	121,9	125,0	127,9	131,9	136,7	141,8	146,3	148,2	149,9	152,1	154,2
März	a	90,7	90,9	91,4	93,7	95,9	98,7	102,6	106,7	109,5	110,9	112,4	113,9	115,3
	b	100,2	100,4	101,0	103,5	106,0	109,1	113,4	117,9	121,0	122,5	124,2	125,8	127,6
	c	121,1	121,3	122,1	125,1	128,1	131,8	137,0	142,4	146,2	148,1	150,1	152,1	154,2
April	a	90,7	91,1	91,7	94,3	96,0	98,9	103,1	106,9	109,7	111,0	112,5	113,8	115,3
	b	100,2	100,7	101,3	104,2	106,1	109,3	113,9	118,1	121,2	122,6	124,3	125,7	127,6
	c	121,1	121,7	122,4	125,9	128,2	132,0	137,6	142,7	146,5	148,2	150,2	151,9	153,9
Mai	a	90,8	91,2	91,8	94,5	96,3	99,3	103,3	106,9	109,9	111,2	112,7	114,4	115,3
	b	100,3	100,8	101,4	104,4	106,4	109,7	114,1	118,1	121,4	122,9	124,5	126,4	127,6
	c	121,2	121,8	122,5	126,2	128,6	132,6	137,9	142,7	146,7	148,5	150,5	152,7	154,2
Juni	a	90,8	91,1	91,8	94,4	96,2	99,8	103,6	107,2	110,2	111,6	112,9	114,7	115,3
	b	100,3	100,7	101,4	104,3	106,3	110,3	114,5	118,4	121,8	123,3	124,7	126,7	127,6
	c	121,2	121,7	122,5	126,0	128,5	133,2	138,3	143,1	147,1	149,0	150,7	153,1	154,2
Juli	a	90,3	91,0	91,7	94,3	96,3	101,0	103,8	107,5	110,5	111,7	113,2	115,6	116,7
	b	99,8	100,5	101,3	104,2	106,4	111,6	114,7	118,8	122,1	123,4	125,1	127,7	128,6
	c	120,6	121,5	122,4	125,9	128,6	134,8	138,6	143,5	147,5	149,1	151,1	154,3	155,2
August	a	90,1	90,9	91,7	94,3	96,8	100,9	103,9	107,7	110,5	111,6	113,1	115,7	116,7
	b	99,6	100,4	101,3	104,2	106,9	111,5	114,8	119,0	122,1	123,3	125,0	127,8	128,6
	c	120,4	121,3	122,4	125,9	129,2	134,7	138,7	143,8	147,5	149,0	151,0	154,5	155,2
September	a	90,3	90,7	91,7	94,3	97,3	100,8	103,8	107,3	110,3	111,8	112,8	115,3	116,7
	b	99,8	100,2	101,3	104,2	107,5	111,4	114,7	118,6	121,9	123,5	124,6	127,4	128,6
	c	120,6	121,1	122,4	125,9	129,9	134,6	138,6	143,2	147,3	149,3	150,6	153,9	155,2
Oktober	a	90,1	90,8	91,8	94,5	97,8	100,9	103,9	107,3	110,4	111,7	112,8	115,2	116,7
	b	99,6	100,3	101,4	104,4	108,1	111,5	114,8	118,6	122,0	123,4	124,6	127,3	128,6
	c	120,4	121,2	122,5	126,2	130,6	134,7	138,7	143,2	147,4	149,1	150,6	153,8	155,2
November	a	90,2	90,9	92,0	94,7	97,7	101,2	104,4	107,4	110,4	111,7	112,7	115,2	116,7
	b	99,7	100,4	101,7	104,6	107,9	111,8	115,4	118,7	122,0	123,4	124,5	127,3	128,6
	c	120,5	121,3	122,9	126,4	130,4	135,1	139,4	143,4	147,4	149,1	150,5	153,8	155,2
Dezember	a	90,3	91,0	92,2	95,0	97,7	101,4	104,5	107,6	110,3	111,9	112,9	115,3	116,7
	b	99,8	100,5	101,9	105,0	107,9	112,0	115,5	118,9	121,9	123,6	124,7	127,4	128,6
	c	120,6	121,5	123,1	126,9	130,4	135,4	139,5	143,6	147,3	149,4	150,7	153,9	155,2
Durchschnitt	a	90,6	91,0	91,7	94,2	96,6	100,0	103,4	107,0	110,0	111,4	112,7	114,7	115,3
	b	100,1	100,5	101,3	104,1	106,7	110,5	114,3	118,2	121,6	123,1	124,5	126,7	127,6
	c	120,9	121,4	122,4	125,8	129,0	133,5	138,1	142,8	146,9	148,7	150,5	153,2	154,2

a) 1991=100, b) 1) 1985=100, c) 1) 1980=100 1) Ab Januar 1991 auf Originalbasis 1991, also nach den Verbrauchsverhältnissen des Jahres 1991.

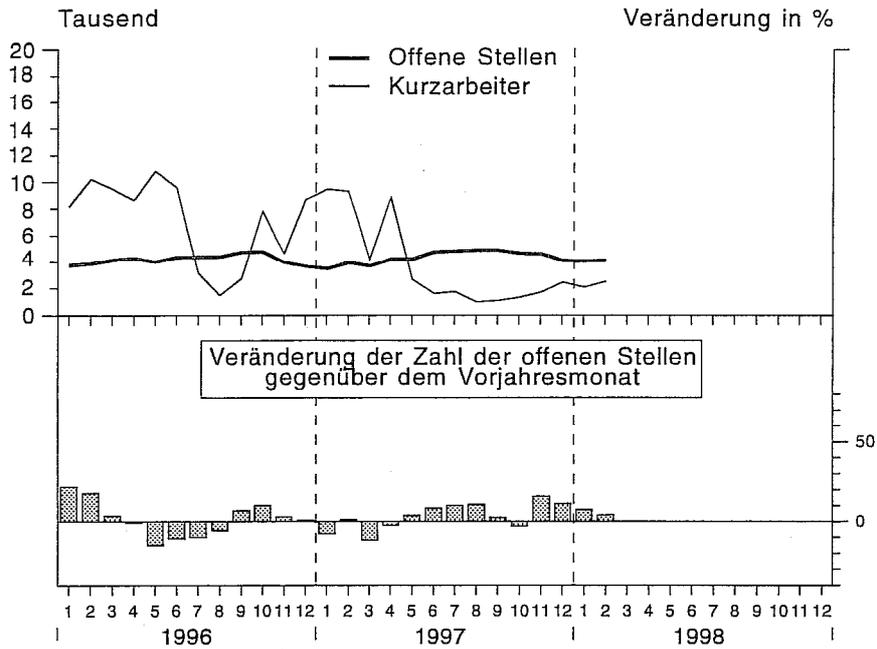
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IM SAARLAND



ARBEITSLOSE

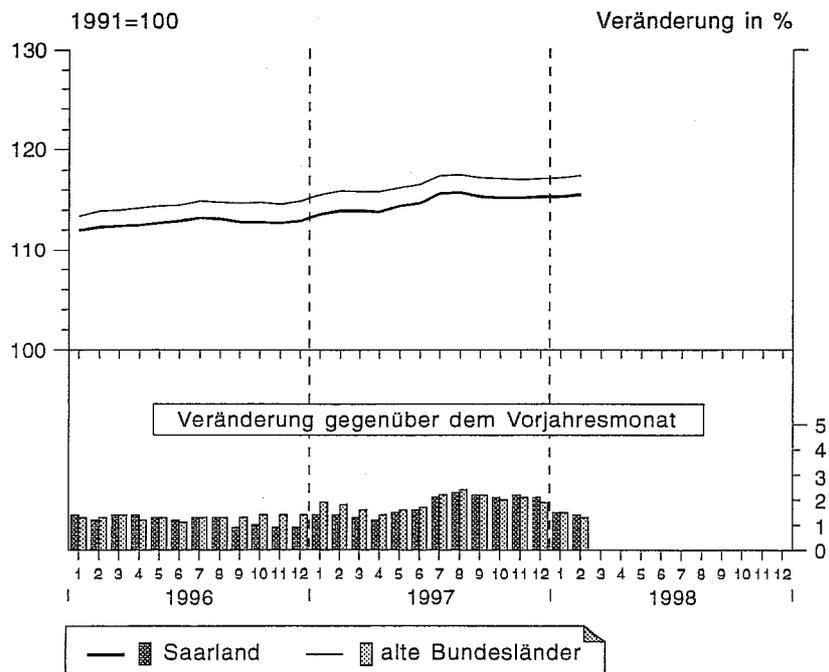


KURZARBEITER UND OFFENE STELLEN IM SAARLAND

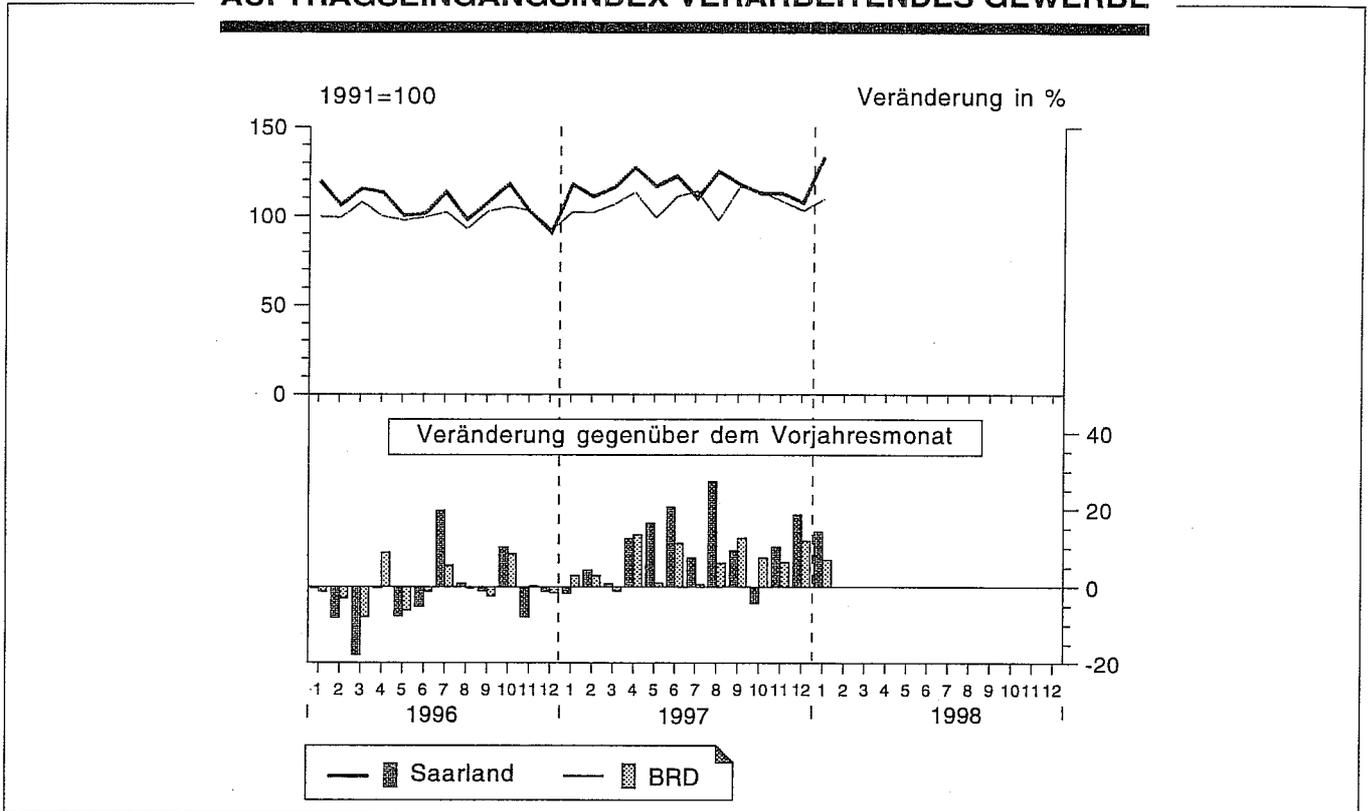


PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG

(4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen)

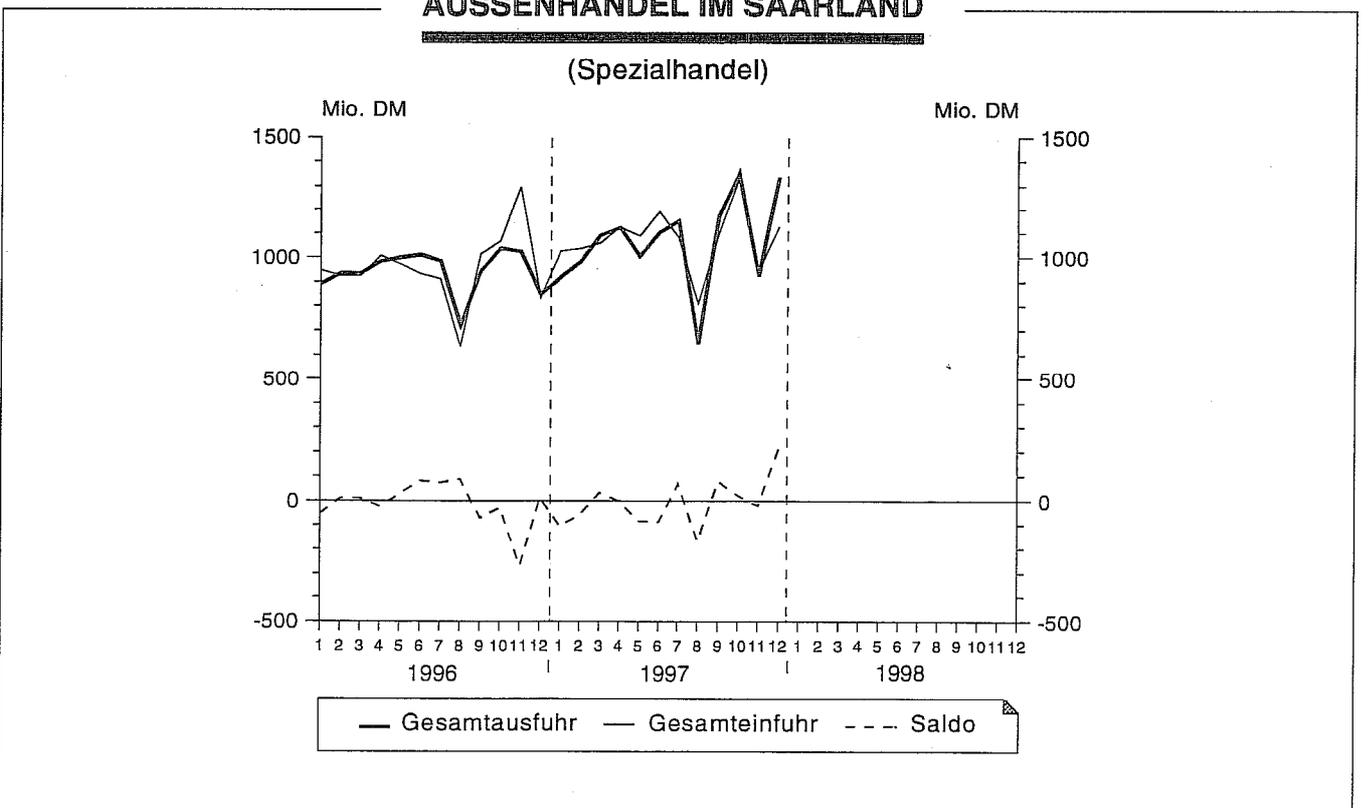


AUFTRAGSEINGANGSINDEX VERARBEITENDES GEWERBE

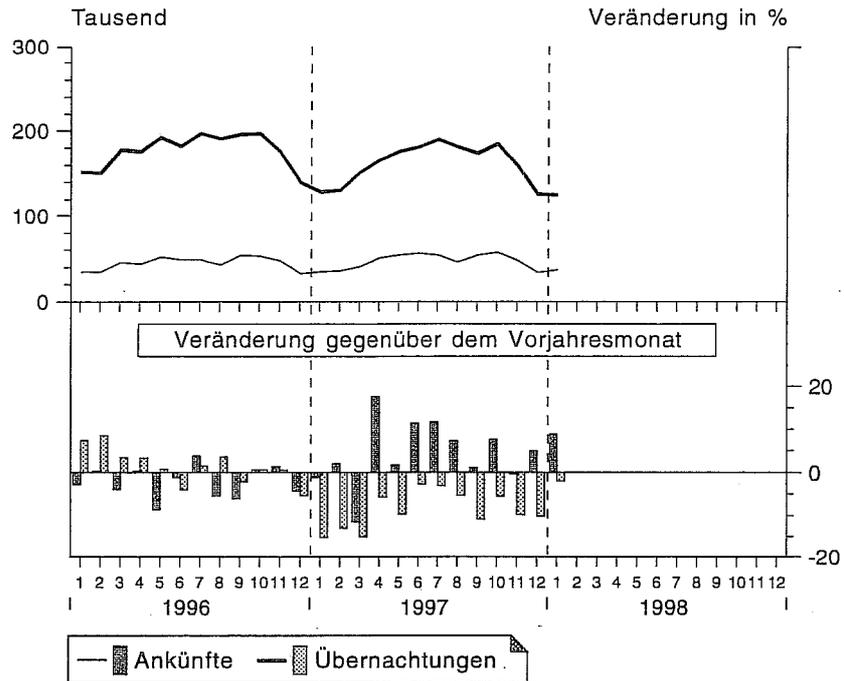


AUSSENHANDEL IM SAARLAND

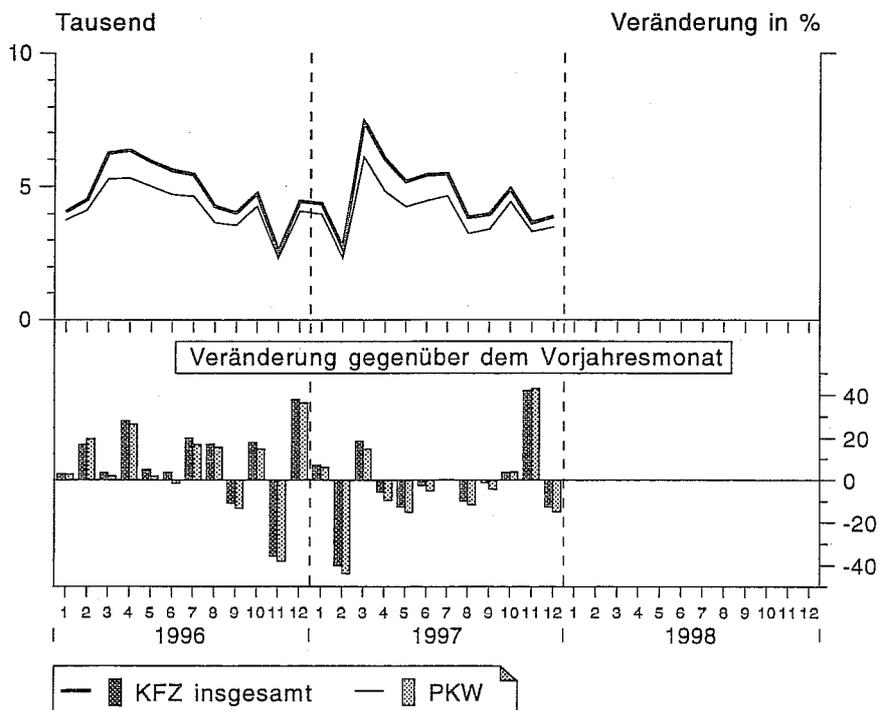
(Spezialhandel)



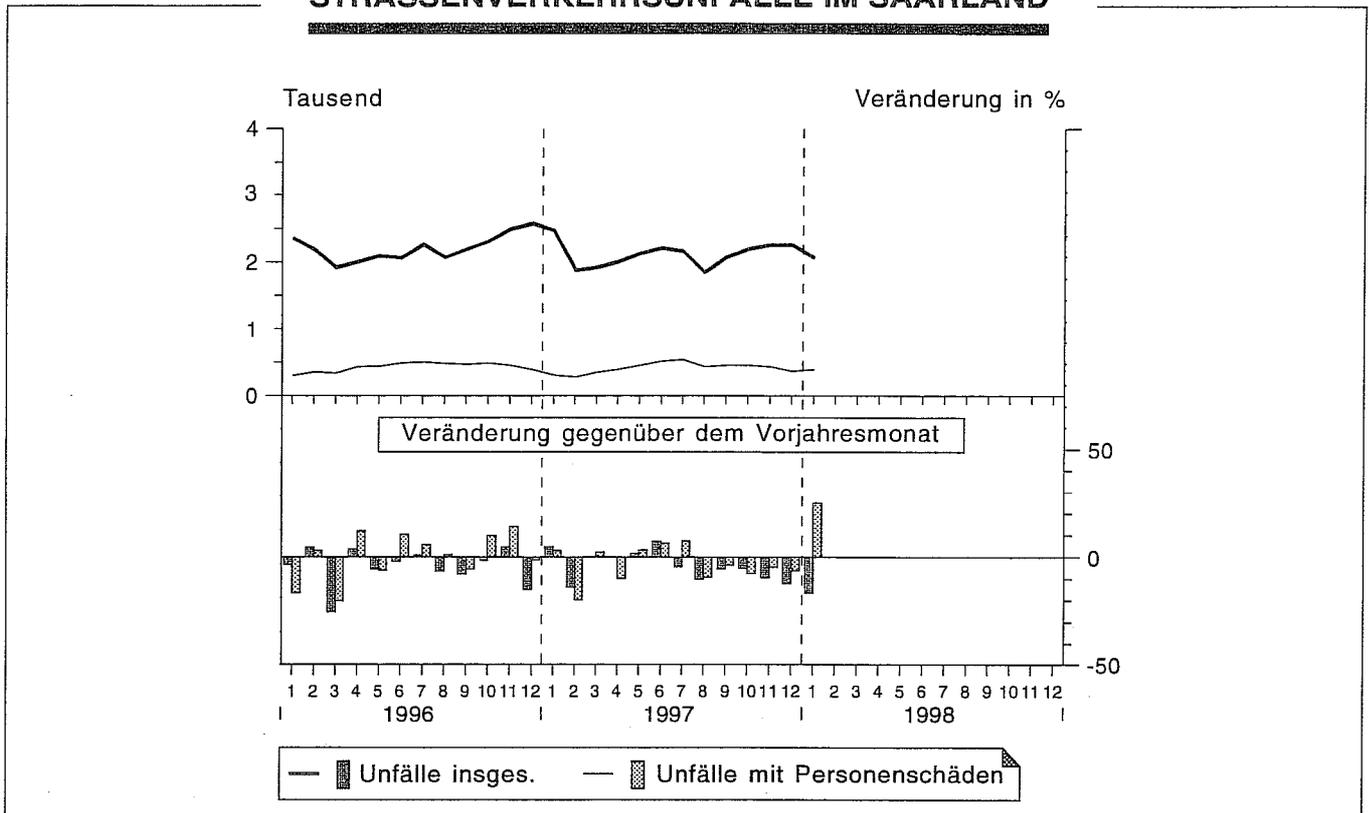
GÄSTEANKÜNFTE UND -ÜBERNACHTUNGEN IM SAARLAND



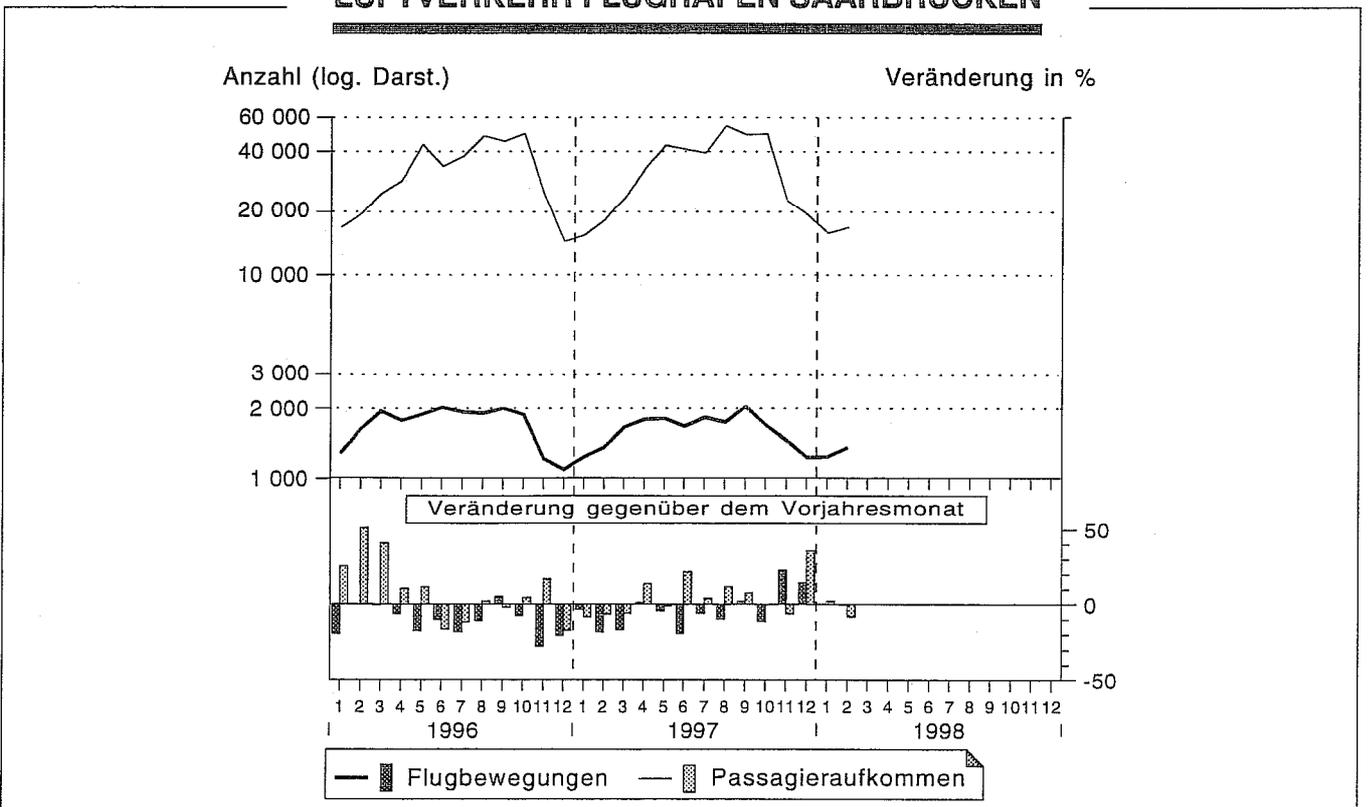
KFZ - NEUZULASSUNGEN IM SAARLAND



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE IM SAARLAND



LUFTVERKEHR FLUGHAFEN SAARBRÜCKEN





Mehr als 74 000 Schriften

Über 600 laufende Zeitschriften und Zeitungen

Statistiken des In- und Auslandes,
der deutschen Bundesländer,
des Deutschen Reiches,
der ehemaligen deutschen Länder

Statistisches
Landesamt  Saarland

Virchowstr. 7, 66119 Saarbrücken, Tel. (0681) 501-5901/5903

Öffnungszeiten:

Mo. - Fr. 8.30 - 12.00 Uhr und 13.30 - 15.30 Uhr

Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 083,7	1 083,5	1 083,2	1 083,4	1 083,3	1 082,1	1 082,0	1 081,7	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	508	515	549	539	356	756	507	490	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,6	5,7	6,2	5,9	4,0	8,2	5,7
* Lebendgeborene	Anzahl	811	831	876	927	803	801	880	804	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,0	9,2	9,8	10,1	9,0	8,7	9,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 054	1 044	918	991	1 018	854	948	1 015	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	11,5	10,3	10,8	11,4	9,3	10,7
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	5	5	4	6	7	5	6	6	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	6,4	5,9	4,7	6,8	8,5	5,9	7,0
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-243	-213	-42	-64	-215	-53	-68	-211	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,7	-2,3	-0,5	-0,7	-2,4	-0,6	-0,8
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 773	1 776	1 738	2 090	1 631	1 733	1 957	2 205	1 608
* Ausländer	Anzahl	765	733	731	948	722	619	774	907	650
Erwerbstätige	Anzahl	468	496	446	484	427	503	575	499	409
* Fortgezogene	Anzahl	1 515	1 579	1 714	1 841	1 554	1 971	1 993	2 308	1 570
* Ausländer	Anzahl	453	537	552	610	542	809	744	1 002	580
Erwerbstätige	Anzahl	524	501	539	527	511	556	638	656	496
* Wanderungssaldo	Anzahl	+ 258	+ 197	+ 24	+ 249	+ 77	- 238	- 36	- 103	+ 38
Ausländer	Anzahl	+ 312	+ 195	+ 179	+ 338	+ 180	- 190	+ 30	- 95	+ 70
Erwerbstätige	Anzahl	-56	-6	-93	-43	-84	-53	-63	-157	-87
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 891	2 872	2 803	2 920	2 584	3 068	2 948	3 157	...
Arbeitsmarkt										
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾	Anzahl	348 117	343 605	346 191
Frauen	Anzahl	137 596	137 388	137 915
* Ausländer	Anzahl	29 569	29 362	30 225
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	36 760	39 080	38 978
* darunter Frauen	Anzahl	33 936	35 621	35 552
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Wirtschaftsabteilung										
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Anzahl	20 945	19 830	19 690
darunter Frauen	Anzahl	1 401	1 389	1 404
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Anzahl	114 330	111 331	111 592
darunter Frauen	Anzahl	24 427	23 468	23 524
Baugewerbe	Anzahl	24 414	21 137	21 911
darunter Frauen	Anzahl	2 032	1 985	2 006
Handel	Anzahl	48 015	48 060	48 259
darunter Frauen	Anzahl	27 517	27 397	27 410
Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	Anzahl	15 401	14 412	14 281
darunter Frauen	Anzahl	4 543	4 353	4 230
Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	Anzahl	12 823	12 631	12 676
darunter Frauen	Anzahl	6 848	6 762	6 776
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	Anzahl	82 251	84 428	85 852
darunter Frauen	Anzahl	54 449	55 569	56 026
Organisationen ohne Erwerbs- charakter, private Haushalte	Anzahl	9 038	9 422	9 447
darunter Frauen	Anzahl	5 705	5 933	5 961
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	Anzahl	21 526	21 024	21 067
darunter Frauen	Anzahl	10 257	10 141	10 172

ZAHLENSPIEGEL

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Arbeitslose	Anzahl	49 257	52 065	52 352	52 785	53 577	57 235	55 563	54 911	54 820
* darunter Frauen	Anzahl	18 309	19 342	19 961	20 092	20 140	22 393	21 885	21 637	21 469
* Arbeitslosenquote	%	11,7	12,4	12,5	12,6	12,8	13,8	13,4	13,2	13,2
* insgesamt	%	11,0	11,6	12,0	12,1	12,1	13,3	13,0	12,9	12,8
* Frauen	%	12,1	13,0	12,9	13,0	13,3	14,1	13,6	13,4	13,5
* Männer	%	23,0	25,8	25,8	26,3	27,0	28,0	27,6	27,6	28,1
* Ausländer	%	8,9	10,4	11,3	10,6	10,5	12,5	11,3	10,5	10,1
* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	%	4 138	4 191	4 715	4 763	3 968	4 847	4 846	4 632	4 593
* Offene Stellen	Anzahl	2 384	7 116	2 748	7 826	4 622	1 011	1 085	1 324	1 719
* Kurzarbeiter	Anzahl									
Landwirtschaft										
Viehbestand										
Rindvieh (einschl. Kälber)	Anzahl	62 043	63 315
Milchkühe	Anzahl	17 026	17 271
Schweine	Anzahl	24 846	24 161	.	.	.	25 054	.	.	.
Schlachtmengen³⁾	t	456	472	497	479	640	323	435	461	595
darunter										
* Rinder	t	203	245	253	265	385	126	195	242	364
* Kälber	t	6	8	8	7	14	5	7	12	12
* Schweine	t	236	211	227	197	231	187	226	199	210
*Konsumeier	1 000	2 666	2 577	2 538	2 593	2 444	2 777	2 659	2 590	2 425
*Geflügelfleisch	t	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	7,6	7,8	7,6	7,8	7,2	7,6	7,1	7,2	6,9
an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	7,3	7,5	7,2	7,2	6,8	7,2	6,7	6,7	6,4
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,3	14,9	14,7	14,5	14,0	14,3	13,9	13,6	13,5
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴⁾										
Betriebe	Anzahl	534	529	535	535	533	529	530	535	534
* Beschäftigte ⁵⁾	1 000	113	108	108	107	107	106	107	107	107
* darunter Arbeiter ⁶⁾	1 000	85	81	81	80	80	79	80	79	79
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000 Std.	11 091	10 241	10 469	10 860	10 494	8 294	10 681	10 981	10 500
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mio. DM	559	550	519	604	644	523	517	603	646
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	383	373	350	437	422	358	353	440	428
* Bruttogehaltsumme	Mio. DM	176	176	169	166	222	165	164	163	218
Kohleverbrauch	1 000 G J ⁷⁾	10 035	5 396	4 908	.	.	.	4 458	.	.
Gasverbrauch	Mio. kWh	664	607	511	.	.	.	516	.	.
Heizölverbrauch	1 000 t	6	6	4	.	.	.	3	.	.
leichtes Heizöl	1 000 t	3	3	2	.	.	.	1	.	.
schweres Heizöl	1 000 t	3	3	2	.	.	.	2	.	.
Stromverbrauch	Mio. kWh	398	344	355	367	355	313	377	385	364
Stromerzeugung	Mio. kWh	438	27	26	28	26	21	25	30	27
* Gesamtumsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mio. DM	2 604	2 418	2 528	2 631	2 420	1 827	2 816	2 989	2 761
* darunter Auslandsumsatz	Mio. DM	822	836	870	938	890	604	1 105	1 151	1 001
* Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁸⁾										
1991=100		103,8	100,6	105,4	110,2	103,3	82,3	115,9	118,1	107,8
Kohlenbergbau	1991=100	87,9	78,1	83,0	90,9	84,2	75,9	82,3	87,0	76,1
Ernährungsgewerbe	1991=100	128,6	132,9	142,6	149,7	136,2	123,8	142,7	143,3	129,3
Metallerzeugung- und bearbeitung	1991=100	96,0	86,7	97,9	99,0	94,1	80,0	114,8	118,4	111,5
Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (EGKS)	1991=100	95,5	84,8	98,2	99,6	92,8	86,6	116,1	120,6	114,6
Maschinenbau	1991=100	79,4	99,4	92,0	105,4	97,1	79,3	104,3	109,3	97,5
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	1991=100	111,5	106,0	109,0	117,1	112,4	68,5	131,4	136,7	124,7
* Vorleistungsgüterproduzenten	1991=100	102,4	96,3	103,3	108,3	100,7	85,7	114,6	118,5	110,3
* Investitionsgüterproduzenten	1991=100	97,3	103,4	101,9	106,5	102,2	71,1	112,6	114,3	99,1
* Gebrauchsgüterproduzenten	1991=100	147,2	137,4	149,4	139,8	119,6	63,9	178,3	151,8	132,8
* Verbrauchsgüterproduzenten	1991=100	113,6	114,4	123,1	130,0	122,5	100,6	123,8	123,1	113,5

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Index des Auftragseingangs (Wertindex)⁹⁾										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1991=100	109,5	107,1	107,8	117,8	102,2	124,4	117,1	111,9	112,1
* Inland	1991=100	102,8	98,5	97,0	107,1	87,1	89,7	107,0	106,3	102,1
* Ausland	1991=100	122,0	123,0	127,7	137,4	130,0	188,3	135,7	122,3	130,6
* Vorleistungsgüter- produzenten	1991=100	103,0	113,7	113,8	130,4	115,7	157,1	123,8	117,6	126,6
* Investitionsgüterproduzenten	1991=100	104,4	103,1	103,2	108,6	91,4	102,5	113,3	108,5	101,4
* Gebrauchsgüterproduzenten	1991=100	112,1	109,8	123,5	112,8	111,4	36,1	127,7	117,3	105,6
* Verbrauchsgüterproduzenten	1991=100	63,9	58,0	65,6	62,0	51,2	36,2	51,7	63,9	53,3
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohlenförderung	1 000 t	681	610	646	717	633	603	646	679	595
Roheisen	1 000 t	306	278	299	309	301	250	333	353	351
Rohstahl	1 000 t	368	338	373	381	368	311	403	434	427
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	259	228	265	267	250	221	317	328	311
Handwerk										
Beschäftigte (Ende des Viertel- jahres)	1976=100	109,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1976=100	219,0
Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	984	1 008	889	1 066	1 025	712	845	969	1 079
* Stromverbrauch	Mio. kWh	748	741	706	771	784	626	698	763	781
Gaserzeugung	Mio. m ³	59	57	57	59	59	61	61	64	63
Gasverbrauch	Mio. kWh	730	755	541	690	929	251	473	759	941
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorb. Baustellenarb., Hoch- u. Tiefbau¹⁰⁾										
* Beschäftigte ⁵⁾	Anzahl	14 701	13 722	13 502	13 541	13 377	12 632	12 648	12 855	12 768
darunter Facharbeiter	Anzahl	7 308	6 726	6 656	6 586	6 536	6 208	6 145	6 288	6 216
* Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	1 459	1 315	1 503	1 554	1 220	1 220	1 474	1 510	1 367
* für Wohnungsbau	1 000 Std.	436	435	447	523	414	363	434	489	453
* für gewerblichen Hochbau ¹¹⁾	1 000 Std.	339	260	300	296	252	261	321	318	274
* für gewerbli. Tiefbau (ohne Straßenbau)	1 000 Std.	117	108	138	129	98	121	132	142	137
für gesamten Hochbau	1 000 Std.	893	780	844	904	746	720	846	906	804
für gesamten Tiefbau	1 000 Std.	566	535	659	650	474	500	628	604	563
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	60,5	56,6	56,6	57,7	78,2	54,5	54,4	55,7	68,3
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	46,9	43,2	42,8	44,8	59,4	41,0	41,2	43,3	51,1
* Bruttogehaltssumme	Mio. DM	13,6	13,3	13,8	12,9	18,8	13,6	13,2	12,4	17,2
* Gesamtumsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mio. DM	.	191,8	207,6	228,6	250,5	199,7	207,1	203,2	211,2
* Auftragseingang ⁴⁾	Mio. DM	.	126,2	167,6	167,1	108,2	142,5	144,3	123,7	88,7
* Wohnungsbau	Mio. DM	.	18,1	46,8	20,4	12,5	17,4	18,5	19,9	11,1
* Hochbau insgesamt ¹¹⁾	Mio. DM	.	34,9	115,8	101,8	56,3	92,6	72,7	60,1	33,8
* Tiefbau insgesamt	Mio. DM	.	7,9	51,8	65,4	51,9	49,8	71,6	63,5	54,9
Bauinstallation u. sonstiges Baugewerbe¹²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	4 346	4 102	4 010	4 040	4 042	.	4 241
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	485	441	446	470	441	.	1 451
* Gesamtumsatz	Mio. DM	50,3	51,0	50,0	51,9	61,7	.	157,3
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	184	132	163	147	152	190	165	139
* mit 1 Wohnung	Anzahl	96	120	83	101	90	104	126	101	91
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	34	37	30	36	26	30	39	34	26
* mit 3 und mehr Woh- nungen ¹³⁾	Anzahl	35	27	19	26	31	18	25	30	22
umbauter Raum	1 000 m ³	237	228	146	205	236	177	223	209	141
* Wohnfläche	1 000 m ²	40,7	38,2	25,9	37,3	36,1	29,9	37,3	37,0	25,6
Wohnräume	Anzahl	1 918	1 765	1 243	1 690	1 664	1 365	1 683	1 709	1 216
* veranschlagte Baukosten	Mio. DM	96,0	92,7	59,7	83,8	83,3	69,7	92,6	88,1	57,3
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	23	26	29	33	33	20	37	38	8
umbauter Raum	1 000 m ³	156	138	150	166	244	215	229	401	96
* Nutzfläche	1 000 m ²	26,2	22,0	21,9	26,4	38,1	28,4	34,6	50,1	10,7
* veranschlagte Baukosten	Mio. DM	37,4	32,0	30,9	33,1	60,8	25,3	48,4	65,1	18,7
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	523	457	302	486	492	347	466	468	312
* Wohnräume insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 306	2 193	1 604	2 283	2 168	1 793	2 183	2 191	1 542

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mio. DM	933,4	942,3	942,2	1 037,4	1 023,3	644,6	1 171,3	1 349,9	922,5
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. DM	30,3	33,2	43,2	35,4	28,5	29,5	32,2	48,4	49,5
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. DM	903,1	909,1	899,0	1 002,0	994,8	615,1	1 139,1	1 301,5	873,0
davon										
* Rohstoffe	Mio. DM	3,9	3,3	3,5	3,9	3,2	2,8	4,2	3,0	6,1
* Halbwaren	Mio. DM	33,9	31,5	36,5	46,4	34,6	36,5	39,1	40,7	36,4
* Fertigwaren	Mio. DM	865,2	874,5	859,0	951,7	957,0	575,9	1 095,8	1 257,8	830,6
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio. DM	148,3	152,8	159,8	149,0	173,3	134,8	192,4	228,8	201,9
* Enderzeugnisse	Mio. DM	717,0	721,5	699,2	802,8	783,8	441,0	903,4	1 029,1	628,7
* EU-Länder	Mio. DM	692,7	689,0	664,8	762,2	729,1	389,3	835,1	958,2	595,6
darunter: Frankreich	Mio. DM	242,6	206,0	228,8	249,2	201,6	122,7	221,8	308,5	219,9
EFTA-Länder	Mio. DM	49,6	42,9	49,3	41,6	43,7	24,8	44,4	98,6	41,7
USA und Kanada	Mio. DM	45,3	48,5	49,7	56,6	48,9	71,6	71,0	74,9	59,5
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mio. DM	68,4	72,3	75,9	77,1	94,1	72,2	80,8	84,1	87,4
Staatshandelsländer in Asien	Mio. DM	5,2	4,4	2,3	2,5	2,5	3,4	9,5	7,1	14,5
Mittel- und Osteuropäische Länder	Mio. DM	49,8	62,7	73,5	75,9	79,2	53,9	90,3	95,2	85,4
Einfuhr (Spezialhandel)										
* Einfuhr insgesamt	Mio. DM	896,3	954,5	1 012,5	1 065,8	1 295,0	810,8	1 093,7	1 329,0	943,8
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. DM	92,2	98,4	112,6	107,5	102,8	106,4	70,2	111,2	129,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. DM	804,0	856,0	899,9	958,3	1 192,1	704,4	1 023,5	1 217,8	814,2
* Rohstoffe	Mio. DM	12,9	11,2	7,5	8,7	13,8	10,8	7,8	16,5	11,0
* Halbwaren	Mio. DM	30,9	23,6	20,6	24,9	26,6	29,1	26,1	30,3	29,3
* Fertigwaren	Mio. DM	760,2	821,2	824,5	924,6	1 151,7	664,5	989,6	1 171,1	774,0
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio. DM	94,0	91,8	90,3	105,1	98,9	88,5	85,4	124,0	119,5
* Enderzeugnisse	Mio. DM	666,2	717,0	781,5	819,5	1 052,9	576,0	904,1	1 047,1	654,5
* EU-Länder	Mio. DM	817,2	875,3	892,0	964,6	729,1	705,3	965,2	1 182,2	811,0
darunter: Frankreich	Mio. DM	455,6	483,4	484,4	519,7	709,0	473,0	535,5	649,2	535,5
EFTA-Länder	Mio. DM	11,9	9,9	10,3	13,9	43,7	12,9	12,7	14,6	11,4
USA und Kanada	Mio. DM	9,0	9,7	6,4	8,4	14,9	13,8	12,6	25,5	15,5
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mio. DM	20,6	17,7	20,3	24,6	17,7	25,5	27,1	27,9	23,0
Staatshandelsländer in Asien	Mio. DM	5,9	5,7	8,2	8,7	5,6	12,6	14,7	15,8	9,0
Mittel- und Osteuropäische Länder	Mio. DM	22,9	24,3	21,5	33,9	29,2	26,7	38,9	40,5	48,9
Einzelhandel										
Nominale Umsatzentwicklung										
* insgesamt	1995=100	104,9	106,0	99,7	110,0	112,3	92,6	101,2	108,9	99,8
Handel mit Kraftwagen	1995=100	115,8	121,3	106,3	121,3	124,8	107,4	119,3	119,7	95,0
Tankstellen	1995=100	105,6	115,0	136,5	133,3	124,0	98,5	112,0	111,2	96,3
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	1995=100	103,0	105,0	96,1	107,9	113,5	95,5	97,1	110,1	105,1
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. (in Verkaufsräumen)	1995=100	103,1	103,7	99,3	104,8	103,8	94,9	96,0	101,5	91,3
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln usw. (in Verkaufsräumen)	1995=100	106,7	113,2	104,6	112,9	109,8	97,6	105,6	116,6	108,8
Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	1995=100	100,5	95,7	93,8	103,1	104,7	77,4	91,5	99,6	95,6
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	1995=100	102,7	118,7	139,1	132,3	121,1	95,4	120,8	109,5	97,8
* Reale Umsatzentwicklung insgesamt	1991=100	104,0	104,3	98,0	107,8	110,4	91,1	99,7	107,2	98,3
* Beschäftigte	1995=100	101,0	101,0	100,5	100,8	101,1	101,2	102,6	102,5	101,8
Gastgewerbe										
* Umsatz nominal	1995=100	103,9	97,7	107,0	100,5	100,9	93,2	99,2	107,5	98,5
* Umsatz real	1991=100	102,5	94,8	103,5	97,1	97,4	91,0	96,6	104,6	95,7
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	1995=100	98,1	91,5	102,0	104,7	100,2	96,4	111,4	121,8	111,2
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	1995=100	104,8	95,7	98,1	94,8	94,2	99,6	92,7	110,5	106,0
Sonstiges Gaststättengewerbe	1995=100	105,4	105,0	124,8	107,6	113,9	140,3	100,4	94,9	81,6
* Beschäftigte	1995=100	102,4	104,7	107,1	106,3	105,9	98,1	99,9	106,1	110,1

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Fremdenverkehr										
* Gästeankünfte	Anzahl	46 441	45 146	53 971	53 074	47 831	45 714	54 368	57 231	48 047
* darunter Ausländer	Anzahl	4 934	5 360	6 019	6 152	5 090	5 698	6 362	6 371	5 387
* Gästeübernachtungen	Anzahl	174 486	177 793	195 909	196 972	176 023	180 938	174 305	185 305	158 672
darunter Ausländer	Anzahl	13 881	14 587	15 124	16 175	14 070	16 377	15 292	17 106	13 972
Verkehr										
* Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	261	245	208	192	226	153	254	225	202
* Güterversand	1 000 t	53	72	74	62	104	54	49	73	61
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Fahrzeuge	Anzahl	4 482	4 848	4 022	4 738	2 569	3 838	3 968	4 902	3 650
darunter										
* Personen- und Kombinations- fahrzeuge ¹⁴⁾	Anzahl	3 990	4 229	3 558	4 271	2 315	3 233	3 405	4 431	3 309
* Lastkraftwagen	Anzahl	165	184	148	240	169	144	233	214	199
Bestand an Kraftfahrzeugen ¹⁵⁾	Anzahl	663 263	673 995
darunter										
* Personen- und Kombinations- fahrzeuge ¹⁴⁾	Anzahl	579 352	585 185
* Lastkraftwagen	Anzahl	26 111	26 812
* Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	2 328	2 209	2 190	2 312	2 489	1 886	2 103	2 229	2 306
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	425	426	466	487	454	445	460	461	450
* Getötete Personen	Anzahl	6	7	2	5	10	8	7	15	5
* Verletzte Personen	Anzahl	568	578	637	639	598	594	602	609	597
Unfälle mit Sachschaden	Anzahl	1 904	1 783	1 724	1 825	2 035	1 441	1 643	1 768	1 856
Straßenverkehrsunternehmen ¹⁶⁾	Anzahl	60	59	59	.	.	.	53	.	.
Wagenkilometer insgesamt	1 000	4 714	4 688	15 094	.	.	.	17 262	.	.
Beförderte Personen insgesamt	1 000	7 035	6 887	19 012	.	.	.	21 060	.	.
Erlöse aus Beförderungen ins- gesamt	1 000 DM	11 915	11 941	37 894	.	.	.	40 966	.	.
Geld und Kredit¹⁷⁾										
Kredite und Einlagen¹⁸⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ¹⁹⁾	Mio. DM	34 028	36 310	35 665	.	.	.	37 321	.	.
Kredite an inländische Nichtbanken	Mio. DM	33 119	35 100	34 583	.	.	.	35 971	.	.
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	29 608	31 323	31 037	.	.	.	32 523	.	.
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	3 511	3 777	3 546	.	.	.	3 448	.	.
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mio. DM	6 510	6 551	6 454	.	.	.	6 237	.	.
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	6 001	5 846	6 063	.	.	.	5 689	.	.
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	509	705	391	.	.	.	548	.	.
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mio. DM	2 022	2 029	2 094	.	.	.	2 001	.	.
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	1 697	1 745	1 749	.	.	.	1 750	.	.
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	325	284	345	.	.	.	251	.	.
Langfr. Kredite (mehr als 4 Jahre) ²⁰⁾	Mio. DM	24 587	26 520	26 035	.	.	.	27 733	.	.
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	21 910	23 732	23 225	.	.	.	25 084	.	.
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	2 677	2 788	2 810	.	.	.	2 649	.	.
Einlagen von Nichtbanken insges. ²¹⁾	Mio. DM	32 611	34 187	32 583	.	.	.	33 698	.	.
Sichteinlagen	Mio. DM	5 787	6 593	5 982	.	.	.	6 413	.	.
von Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	5 413	6 049	5 573	.	.	.	5 966	.	.
von öffentlichen Haushalten	Mio. DM	244	361	262	.	.	.	262	.	.
Termingelder ²²⁾	Mio. DM	9 299	8 405	8 208	.	.	.	7 926	.	.
von Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	7 699	7 227	7 139	.	.	.	6 889	.	.
von öffentlichen Haushalten	Mio. DM	1 367	987	842	.	.	.	829	.	.
Spareinlagen	Mio. DM	14 172	16 083	15 225	.	.	.	16 235	.	.
bei Sparkassen	Mio. DM	8 374	9 301	8 846	.	.	.	9 278	.	.
Sparbriefe ²³⁾	Mio. DM	3 037	2 795	2 859	.	.	.	2 819	.	.
Durchlaufende Kredite	Mio. DM	316	311	309	.	.	.	305	.	.
Gutschriften auf Sparkonten ²⁴⁾	Mio. DM	10 016	9 511	2 063	.	.	.	1 711	.	.
Lastschriften auf Sparkonten ²⁴⁾	Mio. DM	9 260	8 137	1 821	.	.	.	1 822	.	.
Insolvenzen²⁵⁾²⁶⁾										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	322	339	24	16	34	34	30	27	19
* Unternehmen	Anzahl	281	295	22	16	30	32	28	25	14
* Übrige Gemeinschuldner	Anzahl	41	44	2	-	4	2	2	2	5
* Beantragte Konkurse	Anzahl	319	339	24	16	34	34	30	27	19
* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	198	235	11	14	23	30	21	23	16
Angemeldete Forderungen insgesamt	1 000 DM	205 621	206 167	17 602	4 558	17 248	12 668	34 967	16 579	5 714
darunter bei eröffneten Konkursen	1 000 DM	141 205	142 430	15 352	450	8 367	1 880	31 601	4 045	2 050

ZAHLENSPIEGEL

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland										
Gemeinschaftssteuer	1 000 DM	559 561	514 670	539 355	383 061	460 665	428 815	604 495	353 246	457 307
Steuern vom Einkommen	1 000 DM	308 475	281 839	324 949	177 184	230 831	195 003	342 082	187 551	188 447
Lohnsteuer	1 000 DM	275 178	236 473	207 689	203 657	223 788	206 149	205 333	215 969	201 285
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	4 830	4 396	67 431	- 21 890	- 31 369	- 44 638	74 681	- 46 324	- 33 879
Körperschaftsteuer	1 000 DM	18 484	33 961	57 148	- 7 905	41 331	543	66 692	12 138	17 660
Steuern vom Umsatz	1 000 DM	248 837	232 831	214 406	205 877	229 834	233 812	262 413	165 695	268 860
Umsatzsteuer	1 000 DM	238 007	221 629	205 084	196 409	218 493	221 713	253 562	153 424	255 170
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	10 830	11 202	9 322	9 468	11 341	12 099	8 851	12 271	13 690
Bundessteuern	1 000 DM	34 470	33 179	38 314	24 039	21 705	26 500	43 009	21 960	21 410
* Landessteuern ²⁷⁾	1 000 DM	38 918	39 206	33 024	32 543	40 718	49 633	37 701	48 227	29 745
* Gemeindesteuern ²⁸⁾	1 000 DM	50 377	58 564	.	.	171 231	174 818
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	314 771	268 657	231 055	220 230	244 596	232 322	280 374	175 671	234 028
Anteil an den Steuern vom Eink.	1 000 DM	137 389	125 698	143 304	76 904	102 861	87 003	151 354	83 266	83 344
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	145 397	105 895	49 566	118 102	115 842	113 351	85 772	70 321	124 030
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	1 100	2 304	- 129	1 185	4 188	5 468	239	124	5 244
Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	285 508	297 952	341 345	200 434	272 145	263 056	365 669	230 456	271 299
Anteil an den Steuern vom Eink.	1 000 DM	138 152	126 246	143 304	78 874	102 861	87 003	151 354	84 771	83 344
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	103 440	126 936	164 840	87 775	113 992	108 362	176 641	95 374	144 830
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 973	5 564	177	1 242	14 574	18 058	- 27	2 084	13 380
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverbände ²⁸⁾	1 000 DM	88 210	87 189	.	.	319 475	232 248
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	26 340	32 793	.	.	82 274	89 047
Anteil an der Lohn- u. veranlagten Einkommensteuer und Zinsabschlag	1 000 DM	43 776	36 477	.	.	191 278	81 897
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern u. Angestellten m. mittlerem Einkom.										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakw.	1991=100	111,4	112,7	112,8	112,8	112,7	115,7	115,3	115,2	115,2
Bekleidung, Schuhe	1991=100	107,1	107,4	106,8	106,7	107,0	108,6	108,6	108,4	108,8
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	1991=100	107,7	108,7	108,9	108,8	108,9	109,1	109,0	110,1	110,1
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	1991=100	113,7	115,2	115,7	116,0	116,3	118,0	117,9	118,0	118,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991=100	116,4	119,0	119,4	119,5	120,1	121,9	121,9	121,9	121,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	1991=100	102,8	99,8	101,0	102,0	101,1	102,6	102,1	102,8	102,7
Güter für die Gesundheits- u. Körperpflege	1991=100	108,1	109,0	109,0	109,0	109,1	109,7	109,8	109,8	110,0
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991=100	113,1	114,8	115,2	115,3	114,9	130,9	130,9	130,9	130,6
Güter für Bildung, Unterhalt., Freizeit, Güter für die persönl. Ausstattung	1991=100	113,4	116,6	117,1	116,9	116,9	118,6	118,4	118,4	118,2
Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1991=100	109,9	111,0	110,9	111,1	111,1	115,6	115,5	115,6	115,7
* Preisindex für Wohngebäude ²⁹⁾	1991=100	123,8	123,9	124,9	124,3	119,6	134,4	127,8	125,4	122,8
1991=100	114,8	116,0	.	.	116,0	116,3	.	.	.	116,0
Löhne und Gehälter³⁰⁾										
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter in Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk										
männliche Arbeiter	DM	4 447	4 446	.	4 515	.	.	.	4 522	.
darunter Facharbeiter	DM	4 595	4 571	.	4 646	.	.	.	4 650	.
weibliche Arbeiter	DM	4 800	4 761	.	4 863	.	.	.	4 837	.
darunter Hilfsarbeiterinnen	DM	3 163	3 257	.	3 271	.	.	.	3 326	.
darunter Hilfsarbeiterinnen	DM	3 072	3 183	.	3 180	.	.	.	3 230	.
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter in Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk										
männliche Arbeiter	DM	25,82	26,84	.	26,98	.	.	.	27,25	.
darunter Facharbeiter	DM	26,51	27,49	.	27,62	.	.	.	27,93	.
weibliche Arbeiter	DM	27,40	28,35	.	28,48	.	.	.	28,85	.

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* weibliche Arbeiter	DM	19,41	20,39	.	20,53	.	.	.	20,68	.
darunter Hilfsarbeiterinnen	DM	18,87	20,03	.	20,16	.	.	.	20,20	.
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	DM	5 907	6 052	.	6 066	.	.	.	6 142	.
kaufmännische Angestellte	DM	5 245	5 417	.	5 423	.	.	.	5 523	.
* männlich	DM	6 027	6 200	.	6 198	.	.	.	6 277	.
* weiblich	DM	4 256	4 409	.	4 428	.	.	.	4 526	.
* technische Angestellte	DM	6 444	6 542	.	6 556	.	.	.	6 615	.
* männlich	DM	6 553	6 646	.	6 659	.	.	.	6 718	.
* weiblich	DM	4 202	4 424	.	4 426	.	.	.	4 477	.
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	DM	4 310	4 189	.	4 244	.	.	.	4 326	.
* kaufmännische Angestellte	DM	4 284	4 180	.	4 240	.	.	.	4 318	.
* männlich	DM	4 992	5 023	.	5 048	.	.	.	5 067	.
* weiblich	DM	3 618	3 487	.	3 558	.	.	.	3 635	.

1) ohne Landwirtschaft. 2) einschließlich ohne Angabe des Wirtschaftszweiges. 3) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 5) einschließlich tätiger Inhaber/-innen, ohne Heimarbeiter. 6) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. 7) eine Tonne Steinkohleneinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle, 1 Tonne SKE = 29,308 G Joule. 8) kalendermonatlich. 9) Auftragseingang wird nur bei ausgewählten Wirtschaftszweigen erhoben (s. Statistischer Bericht E I 1). 10) ohne handwerkliche Nebenbetriebe. 11) einschließlich landwirtschaftlicher Bau. 12) ab 1997 Quartalswerte (zum Quartalsende). 13) einschließlich Wohnheime. 14) ab 1.1.1996 sog. "M1"-Fahrzeuge: hierzu zählen neben Fahrzeugen zur Personenbeförderung mit höchstens 9 Sitzen auch Wohnmobile, Krankenwagen u. a. Fahrzeuge zur Personenbeförderung, die bisher nicht den PKW zugeordnet wurden. 15) Jahresende bzw. 30 Juni. 16) ab 1996 Quartalswerte (zum Quartalsende). 17) statt MD Bestand am Jahresende. 18) ohne Kredite von/und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland. 19) ohne Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Ausgleichs- und Deckungsforderungen; einschließlich Kredite an Bausparkassen. 20) einschließlich durchlaufende Kredite. 21) einschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 22) einschließlich Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 23) ohne Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä.; einschließlich Namenssparschuldverschreibungen. 24) kumulierte Quartalsbestände. 25) Jahresergebnis statt MD. 26) Konkurse und Vergleichsverfahren. 27) einschließlich der steuerähnlichen Abgaben. 28) Vierteljahreszahlen. 29) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. 30) ab Januar 1996 Zuordnung nach der neuen WZ 93 und neuer Berichtskreis im Bereich Handel. Vergleichbarkeit mit Vormonaten bzw. Monatsdurchschnitten ist in der Industrie eingeschränkt bzw. im Handel nicht möglich.

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht.

Bundeszahlen (alte Bundesländer)

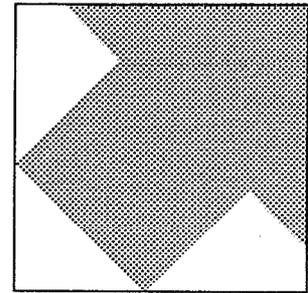
Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung	1 000	66 156	66 444	66 527
Arbeitslose	1 000	2 565	2 796	2 749	2 924	2 825	2 991	2 933	2 922	2 942
Männer	1 000	1 464	1 565	1 552	1 669	1 720	1 679	1 643	1 633	1 651
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹⁾										
Beschäftigte	1 000	6 161	5 932	5 925	5 904	5 873	5 756	5 771	5 754	5 764
Geleistete Arbeiterstunden	Mio. Std.	515	484	488	509	501	416	488	505	487
Gesamtumsatz	Mio. DM	162 118	162 297	173 291	175 137	173 655	152 388	186 958	183 135	180 390
Index der Nettoprod. ²⁾ im Bergbau, Gew. von Steinen u. Erden u. Verarbeitenden Gewerbe	1991=100	94,4	94,1	99,0	101,9	101,2	84,7	104,2	106,6	103,6
Kohlenbergbau	1991=100	82,4	76,6	74,4	83,0	80,3	71,3	70,9	76,6	73,7
Vorleistungsgüterproduzenten	1991=100	98,8	97,2	101,7	106,2	102,8	93,5	108,1	113,5	107,0
Investitionsgüterproduzenten	1991=100	91,7	94,0	101,4	99,3	103,0	81,2	106,5	105,4	107,3
Gebrauchsgüterproduzenten	1991=100	83,0	83,3	88,6	93,0	94,5	55,0	92,0	92,8	94,1
Verbrauchsgüterproduzenten	1991=100	93,8	92,1	94,1	100,4	98,2	83,7	94,9	98,2	94,1
Steinkohlenförderung ³⁾	1 000 t	4 429	3 993	3 923	4 360	4 209	3 666	3 751	4 061	3 863
Rohbraunkohlenförderung ³⁾	1 000 t	16 138	15 603	14 234	15 829	15 651	13 530	14 017	14 799	15 360
Produktion von Rohstahl ³⁾	1 000 t	3 479	3 293	3 352	3 597	3 637	3 565	3 873	4 058	3 917
Roheisen ³⁾	1 000 t	2 657	2 279	2 274	2 477	2 463	2 445	2 570	2 716	2 600
Walzstahlfertigerzeugnisse ³⁾	1 000 t	2 953	2 838	3 015	3 085	3 104	3 133	3 448	3 592	3 372
Vorb. Baustellenarb., Hoch- und Tiefbau¹⁾										
Beschäftigte	1 000	968	893	910	899	887	855	857	847	840
Löhne und Gehälter	Mio. DM	4 117,3	3 814	3 807	3 977	5 276	3 616	3 668	3 726	4 590
Geleistete Arbeiterstunden insgesamt	1 000 Std.	96 901	86 510	102 596	103 549	90 929	78 707	99 605	98 777	87 243
für Wohnungsbau	1 000 Std.	39 866	36 306	43 279	43 492	37 965	32 575	42 719	41 817	36 291
für gewerblichen Bau	1 000 Std.	30 478	26 297	29 846	30 369	27 245	23 862	28 687	28 399	25 890
Index der Nettoproduktion ²⁾	1991=100	105,4	97,3	116,7	118,2	104,0	88,7	112,4	115,3	102,0
Handel¹⁾										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mio. DM	51 818	55 755	55 304	63 585	60 263	57 476	63 846	70 897	66 546
Ernährungswirtschaft	Mio. DM	5 350	5 648	5 458	5 945	5 755	5 555	5 987	6 499	6 478
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	44 650	47 123	46 073	53 076	50 169	47 693	53 345	59 187	55 294
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mio. DM	59 489	64 326	63 818	74 574	70 458	65 957	79 076	82 293	79 513
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	55 511	59 039	57 880	67 403	63 883	59 440	72 277	74 986	72 010
Fertigwaren	Mio. DM	51 995	55 327	54 137	63 025	60 884	55 582	68 128	70 785	67 613
Einzelhandelsumsätze in jew. Preisen	1995=100	101	102,3	97,6	105,0	108,2	91,8	97,8	105,9	103,1
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾⁴⁾	1991=100	91,6	91,1	91,3	89,1	87,7	93,5	94,2	92,4	92,8p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	1991=100	103,7	103,1	103,2	103,4	103,3	104,6	104,6	104,6	104,5
Preisindex für Wohngeb. mit MwSt. ⁵⁾	1991=100	115,4	115,3	.	.	115,0	114,9	.	.	114,7
Preisindex für die Lebenshaltung ⁶⁾										
Lebenshaltung insgesamt	1991=100	112,5	114,1	114,4	114,4	114,3	116,8	116,5	116,3	116,4
Nahrungsm., Getränke, Tabakw.	1991=100	108,6	109,6	109,1	109,0	109,4	111,3	111,2	111,1	111,4
Bekleidung, Schuhe	1991=100	108,4	109,3	109,4	109,5	109,7	109,7	109,8	110,0	110,1
Wohnungsmieten	1991=100	121,3	124,8	125,4	125,7	125,9	128,5	128,6	128,7	129,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991=100	101,4	99,6	100,8	102,4	101,3	101,9	101,4	102,4	102,2
Möbel, Haushaltsgeräte u. andere Güter für die Haushaltsführung	1991=100	109,9	110,9	111,0	111,1	111,2	111,7	111,7	111,7	111,9
Geld und Kredit³⁾⁷⁾										
Bargeldumlauf	Mrd. DM	264	276	263	265	267	269	267	267	269
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten	Mrd. DM	3 021	3 242	3 078	3 093	3 132	3 221	3 216	3 225	3 273
Spareinlagen	Mrd. DM	1 046	1 143	1 097	1 103	1 108	1 149	1 149	1 149	1 151
Kredite an ⁸⁾										
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾	Mrd. DM	3 369	3 624	3 509	3 525	3 553	3 746	3 768	3 777	3 797
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 068	1 149	1 117	1 146	1 169	1 212	1 203	1 224	1 245

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- und Landessteuern ³⁾	Mio. DM	63 738	62 231	69 422	52 384	52 542	52 600	71 236	51 944	50 940
Veranlagte Einkommensteuer	Mio. DM	1 166	968	8 712	- 2 668	- 2 910	- 3 247	8 282	- 2 910	- 2 850
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mio. DM	19 552	19 767	18 918	20 008	21 031	20 753	19 289	19 844	21 607
Zölle	Mio. DM	589	549	540	562	577	605	588	615	691
Tabaksteuer	Mio. DM	1 716	1 736	1 835	1 763	1 677	994	1 774	2 632	916
Branntweinmonopol	Mio. DM	403	424	335	380	456	336	281	413	247

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Originalwert. 3) einschließlich neue Bundesländer. 4) ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer und ohne Aufwertungsausgleich. Die Entwicklung der Indizes sowohl mit als auch ohne MwSt. ist identisch. 5) wird nur für die Monate Februar, Mai, August und November berechnet. 6) aller privaten Haushalte. 7) Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende. 8) Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken. 9) einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost. *) Die Ergebnisse vor 1996 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet vor dem 3.10.1990. Die Ergebnisse ab 1996 beziehen sich auf das Bundesgebiet seit dem 3.10.1990.

Konjunktur aktuell

Conjoncture actuelle



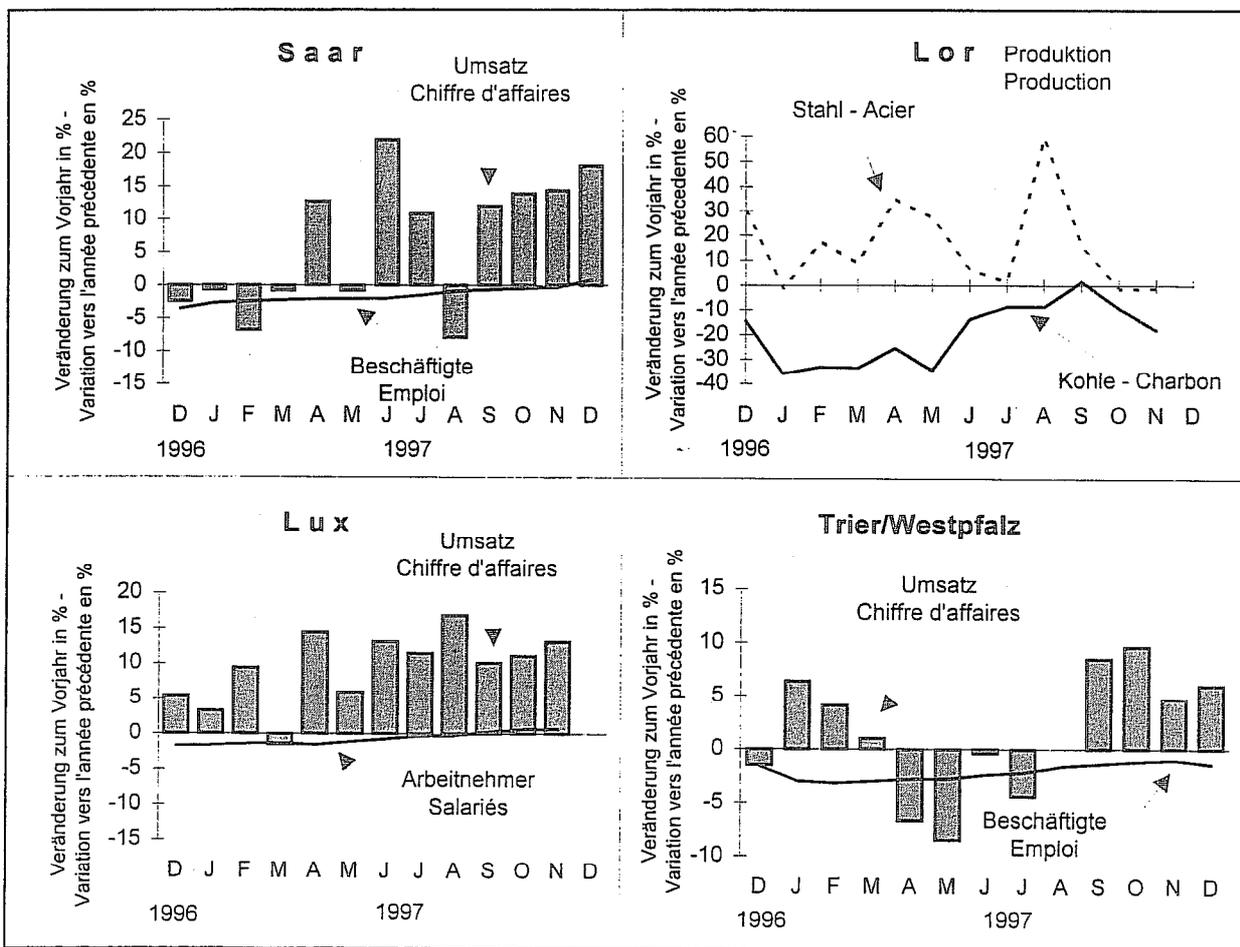
Februar · Février 1998

Großregion Saar – Lor – Lux – Trier/Westpfalz

Grande région Saar – Lor – Lux – Trèves/Palatinat occidental

13. 2. 1998

Verarbeitendes Gewerbe · Industries manufacturières



Herausgeber · Editeur: Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken · Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE), Direction Regionale de Lorraine · Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques (STATEC), Luxembourg · Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems.

Herausgegeben mit dankenswerter Unterstützung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Nous remercions la Commission des Communautés Européennes pour leur contribution à la réalisation de cette publication.

002/98/2/EMS

Verarbeitendes Gewerbe in der Großregion Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz
Industries manufacturières dans la Grande Région Saar-Lor-Lux-Trèves/Palatinat occidental

Merkmal Variable	1996	1997											
	Dez.	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
	Déc.	Janvier	Février	Mars	Avril	Mai	Juin	Juillet	Août	Sept.	Oct.	Nov.	Déc.
Veränderung zum Vorjahr in % Variation vers l'année précédente en %													
S a a r													
Beschäftigte Emploi	-3,6	-2,7	-2,5	-2,3	-2,1	-2,1	-2,0	-1,5	-0,9	-0,7	-0,5	-0,3	0,8
Umsatz - Chiffre d'affaires	-2,5	-0,7	-6,8	-0,8	12,7	-0,8	21,9	10,8	-7,9	12,0	13,9	14,4	18,1
L o r													
Produktion von Production de Stahl Acier	30,3	-1,7	17,3	8,8	34,9	27,4	6,3	1,4	59,8	15,9	-1,3	-1,2	...
Kohle Charbon	-14,6	-35,9	-33,2	-33,6	-25,5	-34,4	-13,7	-8,7	-8,7	1,6	-9,3	-18,0	...
L u x													
Arbeitnehmer Salariés	-1,8	-1,7	-1,5	-1,4	-1,6	-1,2	-0,8	-0,4	-0,3	0,2	0,6	0,6	...
Umsatz - Chiffre d'affaires	5,4	3,2	9,4	-1,6	14,4	5,9	13,1	11,5	16,8	10,1	11,1	13,1	...
T r i e r / W e s t p f a l z													
Beschäftigte Emploi	-1,6	-3,0	-3,2	-3,0	-2,8	-2,8	-2,4	-2,2	-1,6	-1,4	-1,2	-1,0	-1,4
Umsatz - Chiffre d'affaires	-1,5	6,4	4,1	1,0	-6,7	-8,5	-0,4	-4,4	0,0	8,5	9,6	4,7	6,0

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES SAARLAND

Statistische Berichte im Monat Februar 1998

Bevölkerungsentwicklung im 3. Vierteljahr 1997		Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes November 1997	E I 2/E I 5 - m 11/97
Bevölkerungsstand am 30. September 1997	A I 1/A I 2 - vj 3/97	Baugewerbe im November 1997	E II 1/E III 1 - m 11/97
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 3. Vierteljahr 1997	A II 1 - vj 3/97	Einzelhandel im November 1997	G I 1 - m 11/97
Wanderungen im 3. Vierteljahr 1997	A III 1 - vj 3/97	Außenhandel im September 1997	G III 1,3 - m 9/97
Sterbefälle nach Todesursachen im 3. Vierteljahr 1997	A IV 3 - vj 3/97	Fremdenverkehr im Oktober 1997 und Sommerhalbjahr 1997	G IV 1 - m 10/97
Tuberkulose im Saarland 1997	A IV 5 - j 1997	Fremdenverkehr im November 1997	G IV 1 - m 11/97
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 31. März 1997	A VI 5 - vj 1/97	Gastgewerbe im November 1997	G IV 3 - m 11/97
Allgemeinbildende Schulen 1997/98 Teil I - Eckdaten und Verzeichnis	B I 1 - j 1997/98	Straßenverkehrsunfälle im September 1997	H I 1 - m 9/97
Berufliche Schulen 1997/98 Teil I - Übersicht und Verzeichnis	B II 1 - j 1997/98	Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsstatistik im Saarland 1995	
Gasthörer an den Hochschulen des Saarlandes in den Wintersemestern 1992/93 bis 1997/98	B III 1/S - 2j 1996	Teil II: Empfängerkreis	K I 1 - j 1995
Strafverfolgung 1996	B VI 1 - j 1996	Kinder- und Jugendhilfe 1994	K I 3 - j 1994
Bewährungshilfe 1996	B VI 7 - j 1996	Teil III: Einrichtungen und tätige Personen	K I 2 - m 1/98
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Dezember 1997	E I 1 - m 12/97	Preisindex für die Lebenshaltung Januar 1998	M I 2 - m 1/98
		Preisindex für Bauwerke November 1997	M I 4 - vj 4/97
		Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Saarland Oktober 1997	N I 1 - vj 4/97
		Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis November 1997	Z 1 - m 11/97
		Konjunktur aktuell Februar 1998	KA - 2

MITTEILUNGEN DES AMTES

Broschüre "Saarland heute - Statistische Kurzinformationen 1998" erschienen

Soeben ist eine Neuauflage der Broschüre "Saarland heute - Statistische Kurzinformationen 1998" erschienen.

Die Broschüre bietet einen mehrjährigen Überblick über wichtige wirtschafts-, sozial- und bevölkerungsbezogene Daten aus dem Saarland.

Interessenten können die Informationsschrift kostenlos beim Statistischen Landesamt, Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken (Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken), Telefon (06 81) 5 01 - 59 27 anfordern.